



Kommunalwahlprogramm 2014 - 2019

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Halle (Saale)

Beschluss durch den Stadtparteitag am 15.01.2014

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stadtverband Halle (Saale)

Kleiner Berlin 2

06108 Halle (Saale)

0345-200 31 57

www.gruene-in-halle.de

kontakt@gruene-in-halle.de

In späteren Veröffentlichungen werden, wie von dem Stadtparteitag beschlossen, zur Erhöhung der Lesbarkeit noch Stichworte fett geschrieben sowie ein Stichwortverzeichnis am Ende eingefügt.

Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
Bildung.....	6
Umwelt- und Klimaschutz	12
Mobilität und Verkehr	16
BürgerInnenbeteiligung und moderne Politik.....	20
Stadtentwicklung.....	22
Kunst und Kultur in der Stadt	25
Soziale Stadt und Gesundheit	27
Gleichstellung, Weltoffenheit und Vielfalt.....	30
Kinder, Jugendliche und Familien.....	33
Sport	36
Haushalts- und Wirtschaftspolitik	38

Präambel

Liebe Hallenserinnen und Hallenser,

unsere Heimatstadt ist eine lebendige, lebenswerte, vielfältige und weltoffene Großstadt. Wir Grünen setzen uns für eine nachhaltige und gerechte Zukunft Halles ein, in der die Stärken unserer Stadt weiterentwickelt werden. Wir sind auch weiterhin bereit, Verantwortung für Halle zu übernehmen, indem wir engagiert und konstruktiv nach kreativen Lösungen suchen. Wir haben bereits in der laufenden Wahlperiode verdeutlicht, wie viel wir als kleine Fraktion mit fünf Stadträtinnen und Stadträten erreichen konnten und wollen diese erfolgreiche Arbeit fortführen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit Erfolg für bessere Bedingungen in Schulen und Bildungseinrichtungen gestritten. Wir haben uns für den Erhalt von Naturräumen eingesetzt. Dafür dass weniger Stadtbäume neuen Bauprojekten geopfert werden und mehr Bäume nachgepflanzt werden. Wir haben dafür gekämpft, dass das reichhaltige Kulturangebot in der Stadt erhalten bleibt und dass das Thalia-Theater nicht geschlossen wird. Wir haben uns auch für die historische Bausubstanz stark gemacht, die unsere Stadt so einzigartig macht. Und wir haben dafür gestritten, dass kein Geld für unsinnige Großprojekte wie das Industriegebiet an der A 14 („Star-Park“) ausgegeben wird und die vorhandenen Haushaltsmittel effektiver und effizienter eingesetzt werden.

In den nächsten Jahren muss es noch stärker darum gehen, das lebens- und liebenswerte unserer Stadt zu erhalten. Es darf keine Politik geben, die noch immer mit beiden Beinen in der Vergangenheit verharrt. Stattdessen müssen wir uns intelligent und mutig den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft stellen. Dazu gehört eine tatkräftige und vorausschauende Kommunalpolitik, die diese Entwicklung aktiv steuert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind 2009 bei der Kommunalwahl mit dem Ziel angetreten, ökologische, wirtschaftliche und soziale Fragen zusammen zu denken, um nachhaltige Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Dies ist weiter unser Anspruch.

Schwerpunkte der grünen Arbeit in der Wahlperiode 2014 bis 2019 werden daher sein:

- Der Einsatz für bessere Bildung als entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und individuellen Lebenserfolg.
- Das Engagement für ein gesundes Stadtklima, eine intakte Umwelt und einen nachhaltigen Hochwasserschutz.
- Die Entwicklung von Mobilität und Verkehr mit weniger Lärm, Umweltverschmutzung und Flächenverbrauch.
- Eine Planung und Gestaltung des städtischen Raumes, die nachhaltigen Zielen genügt und Aufenthaltsqualität für alle Menschen garantiert.
- Der Erhalt und die Weiterentwicklung der institutionellen und freien Kultur- und Kunstszene.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Der soziale Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft und die Unterstützung von BürgerInnen in Notlagen.
- Praktizierte Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz sowie der Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von MitbürgerInnen.
- Eine familienfreundliche Stadt mit Chancengerechtigkeit für alle Kinder.
- Die Förderung des Breitensports als Herzstück kommunaler Sportförderung.
- Ein sparsamer Umgang mit Haushaltsmitteln und mehr Realismus in der Wirtschaftsförderung.

Verschwendung und kurzfristige Fehlinvestitionen in Luftschlösser müssen der Vergangenheit angehören. In der kommenden Wahlperiode wird der Stadtrat durch die Wahl von zwei neuen Beigeordneten (Bildung & Soziales, Wirtschaft & Wissenschaft), entscheidende Weichen für die Arbeit der Verwaltung und die Entwicklung der Stadt stellen.

Aus unserer Sicht gehört die Zukunft einer modernen Verwaltung, für die frühzeitige Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe zum selbstverständlichen Instrument städtischer Politik werden muss. Halle braucht die kritischen und konstruktiven Impulse einer BürgerInnen- und Mitmachgesellschaft, um politische Blockaden und Routinen erstarrter Partei- und Interessenpolitik zu durchbrechen. Dafür setzen wir Grüne uns ein.

Das großartige Engagement der Hallenserinnen und Hallenser für ihre Stadt beim Hochwasser und ihr beeindruckender Kampf für die Hochschulen und Kultureinrichtungen in Halle zeigen, was den Bürgerinnen und Bürgern ihre Stadt wert ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil dieses Engagements, werden es weiter befördern und in der kommenden Wahlperiode im Stadtrat daran anknüpfen.

Dafür bitten wir Sie um Ihre Stimmen.

Bildung

Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und individuellen Lebenserfolg. Ziel grüner Bildungspolitik ist der Erwerb von Kompetenzen zu selbstgestaltetem und selbstbestimmtem Leben. Dabei sind Kommunen der Ort, an dem die Summe der staatlichen Bildungspolitik erfahrbar wird. Hier befinden sich die Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, die Einrichtungen der Berufs- und Erwachsenenbildung, in denen die Erfolge und Wirkungen unmittelbar erfahrbar werden. Daher muss die Kommune auch der Ort sein, wo Verantwortung für Ergebnisse der staatlichen Bildungspolitik übernommen wird, auch unabhängig von formalen Zuständigkeiten. Verantwortungsvolle kommunale Bildungspolitik bedeutet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher immer den Blick auf das Ganze zu richten.

Wir wollen grundsätzlich ein gemeinsames Lernen unter guten pädagogischen Voraussetzungen ohne frühzeitige Aufteilung der Kinder auf Schulformen. Wir streben daher gemeinschaftliche, ganzheitliche Ganztagschulen an, die schülerInnenorientierte, sozial gerechte und individuelle Förderung ermöglichen. Sie gewähren einen ganztägigen Unterricht mit flexiblen Angeboten für SchülerInnen, die auf individuelle Stärken und Schwächen eingehen. An diesen Schulen kann der Wechsel zwischen notwendigen und förderlichen Arbeits-, Ruhe- und Kreativitätsphasen besser gestaltet werden. Bildungsprozesse beginnen frühzeitig–Kindertagesstätten sind daher wichtige Orte, die elementare Bildungsangebote anbieten und den erfolgreichen Übergang in die Schule erleichtern.

Weiterhin ist der Anspruch der zunehmenden Inklusion aller SchülerInnen, auch jener mit Handicaps, in eine gemeinsame Schule Leitaufgabe für grüne Bildungspolitik. Vor diesem Hintergrund halten wir Förderschulen mit Schwerpunkt Lernbehinderung grundsätzlich für ein pädagogisches Auslaufmodell. Ohne entsprechende Ausstattung und pädagogischer Vorbereitung der Regelschulen wird der Umbau zu inklusiven Schulen aber nicht gelingen. Das Land muss an dieser Stelle die Kommunen finanziell unterstützen, ausreichend Personal vorhalten und die LehrerInnen auf inklusiven Unterricht vorbereiten.

Noch zu viele Schulen und Kindertagesstätten in unserer Stadt befinden sich in keinem guten baulichen Zustand und sind weit entfernt von den anregenden Lernorten, die wir für dringend geboten erachten. Bildung muss daher entscheidender, zentraler städtischer Investitionsschwerpunkt werden. Schulsanierungen und Schulumbauten sind an den neuesten pädagogischen Erfordernissen und kommunalen Schwerpunktsetzungen auszurichten, Förderprogramme des Landes müssen genutzt werden, reichen allein allerdings nicht aus. Die Bedeutung von guter Bildung für jedes Kind wie auch als Erfolgsfaktor für die Kommune erkennen erfreulicherweise immer mehr Verantwortliche in Politik und Verwaltung. Bester Beleg dafür ist, dass sich die Stadt nun genau mit diesem Fokus auf den Weg gemacht hat, ihr nächstes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) bis 2025 aufzustellen – wir begrüßen diese Schwerpunktsetzung ausdrücklich.

Halles Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind für uns die entscheidenden Voraussetzungen zukünftiger Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung. Wir setzen uns dafür ein, dass gerade an

einem Bildungsstandort mit so langer Tradition diese Einrichtungen nicht abgewickelt, sondern weiterentwickelt werden.

- Die historisch gewachsene geteilte staatliche Zuständigkeit für Lerninhalte und Personal (Land) und für Gebäude und Sachmittel (Kommune) ist längst überholt. Kommunale Bildungspolitik muss mehr sein als Schulgebäudeverwaltung, denn über den Bildungserfolg unserer Kinder wird vor Ort entschieden. Zielinstrument, um diese Trennung zu überwinden, ist für uns dabei das Vernetzungskonzept der kommunalen Bildungslandschaften. Wir setzen uns ein für ganzheitliche Stadtentwicklungsprojekte statt Bildungsoasen. Dafür braucht es ein kommunales Konzept der halleischen Bildungslandschaft, das die Bildungsstationen und -angebote vor Ort aufeinander bezieht und abstimmt. Denn Lernen findet in der Schule statt, aber auch im Verein, in der Ausbildung oder im Seniorenkolleg. Wir wollen daher insbesondere Kita- und schulübergreifende Kooperationen und auch die Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Trägern der Jugendhilfe, wie Horten, Jugendklubs und weiteren PartnerInnen wie Sportvereinen anregen und fördern. Diese Aufgabe soll von einem kommunal koordinierenden „Bildungsbüro“ unterstützt werden.
- Als Informations- und Planungsinstrument und Entscheidungshilfe für Politik, Verwaltung und Familien wollen wir eine ständig aktuelle grundlegende Bestandsaufnahme und Übersicht der Bildungsangebote in unserer Stadt. Der vorliegende kommunale Bildungsatlas und die schon stattfindende Bildungsberichterstattung sind erste Schritte auf diesem Weg.
- Um den in unserer Stadt noch immer viel zu hohen Anteil von SchulabgängerInnen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und von SchulabbrecherInnen zu senken, fordern wir eine Kooperation aller Bildungsbeteiligten und externer Partner zur Unterstützung gefährdeter Jugendlicher. Dazu gehört die Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und Trägern der freien Jugendhilfe. Schulsozialarbeit muss auch nach dem Ende der Fördermittel des Bundesprogramms „Bildung und Teilhabe“ in schulischen Strukturen verfestigt und die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und universitärer Lehre ausgebaut werden. Durch den Aufbau entsprechender Perspektiven sollen der Verbleib von jungen Menschen in der Region gesichert und damit auch die Folgen des demografischen Wandels abgefedert werden.

Kindertageseinrichtungen

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Ausbau von Bildungsangeboten in den Kitas in Halle (Saale). Dazu gehören für uns insbesondere sprachliche Bildung, Gesundheitsförderung sowie die Vorbereitung auf die Schule. Die Mitwirkung von Kindern sowie die Zusammenarbeit mit deren Eltern sind dabei unerlässlich.
- Wir begrüßen die Rückkehr der Landespolitik zu einem Ganztagsanspruch in der Kinderbetreuung für alle Kinder, unabhängig von der Erwerbssituation ihrer Eltern. Die konkrete Umsetzung und die Auswirkungen vor Ort müssen aufmerksam begleitet werden.
- Wir wollen eine gute Bildungs- und Betreuungsqualität in allen Kindertageseinrichtungen sichergestellt wissen. Dazu fordern wir kommunal verbindliche Standards für die jeweils mindestens pro Kind zur Verfügung zu stellende Spiel- und Betreuungsfläche. Weiterhin fordern wir die Einrichtung eines kommunalen Qualitätsstandards zur Begutachtung und Verbesserung der Bildungsangebote. Verbindliche Standards von Qualitätssteuerung, Qualitätssicherung und

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

Qualitätssteigerung sollen in Zusammenarbeit von Trägern, Einrichtungen und Verwaltung entwickelt werden.

- Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege täglich eine vollwertige, warme Mittagsmahlzeit essen können. Dazu sollen im Interesse der Chancen des Kindes auch von städtischer Seite die Beratungsangebote zu den Unterstützungsleistungen für Eltern ausgebaut werden.
- Wir wollen wohnortnahe Betreuungsangebote für Kinder und fordern daher die schnellstmögliche Schließung der Betreuungslücken aufgrund fehlender Einrichtungen gerade im Innenstadtbereich.
- Ein weiterer Baustein in der Realisierung eines umfassenden Betreuungs- und Bildungsangebots sind Kindertagespflegeangebote. Wir fordern deren weiteren Ausbau unter Anwendung der von uns initiierten Richtlinie der Stadt.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen grundsätzlich weiterhin die gebührenfreie Betreuung in Kindertageseinrichtungen. Aufgrund der kommunalen Haushaltssituation fordern wir als realistischen Zwischenschritt eine spürbare Geschwisterermäßigung bei den Gebühren für Mehrkindfamilien.
- Wir wollen konkrete Projekte und Präventionskonzepte, wie z. B. der „Gesunden Schule“ und des „Gesunden Kindergartens“ weiterentwickeln und umsetzen.
- Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten, Horten und Grundschulen stärken und so den Übergang zwischen den Einrichtungen für Kinder und Eltern erleichtern.
- Wir brauchen einen stärkeren kommunalen Einsatz für die Aus- und Weiterbildungsangebote von ErzieherInnen.
- Die Stadt muss nach Lösungen suchen für den immer weiter ansteigenden Bedarf an pädagogischen Fachkräften aufgrund vieler anstehender Pensionierungen und zu geringer Ausbildungszahlen. Wir begrüßen ausdrücklich mehr männliche Fachkräfte in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege.

Schulen

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine vorausschauende, langfristige Schulentwicklungsplanung ein mit der die aktuellen Probleme hätten verhindert werden können. Wir fordern ein ausreichendes Angebot an Schulplätzen welches die Wünsche der Familien respektiert und jedem Kind die Wahl seiner Schulform garantiert – und nicht erst auf dem Klageweg.
- Wir fordern im Stadtrat schon lange einen neuen Grundschulstandort in der südlichen Innenstadt und eine zusätzliche weiterführende Schule. Beides ist nun Bestandteil der städtischen Schulentwicklungsplanung und muss endlich umgesetzt werden. Sowohl im Gesamtschul-, als auch Gymnasialbereich fehlen in der Stadt auf absehbare Zeit Plätze. Wir fordern Übergangslösungen von der Stadtverwaltung, die Plätze bis zur Eröffnung der neuen Schulgebäude sicherstellen.
- Die Stadt muss alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Schließungen von Grundschulen zu verhindern, die nur aufgrund der neuen Regelungen des Landes zu Mindestschülerzahlen ab 2014 (mindestens 80 SchülerInnen pro Grundschule) drohen.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Leitgedanke beim Zuschnitt der Schuleinzugsbereiche muss weiterhin die Sicherstellung kurzer Wege für Grundschulkinder bleiben, der auch kleineren Schulen im Stadtgebiet Überlebenschancen einräumt. Auch dazu bedarf es im Interesse der Kinder eines kreativen Umgangs mit landesgesetzlichen Regelungen.
- Für ein gutes Gesamtangebot ist eine stärkere Verzahnung der Schul- mit der Hortentwicklungsplanung dringend nötig. Schul- und Hortstandorte sowie deren Kapazitäten müssen besser miteinander koordiniert und abgestimmt werden. Wege für die SchülerInnen müssen zumutbar sein.
- Die städtischen Sekundarschulen werden nicht ausreichend nachgefragt. Schulen, die sich in Gemeinschaftsschulen umwandeln wollen, müssen aktiv unterstützt werden. Kapazitäten im Bereich der gut nachgefragten Gesamtschulangebote sind zu erweitern.
- Bei der weiteren Planung von Schulstandorten und Standorten für den Schulsport soll die Stadt stärker auf kurze, schülerInnenfreundliche Wege zu den Sportplätzen und Turnhallen achten und nach Möglichkeit insgesamt einen schulnahen Schulsport ermöglichen.
- Nachdem in der Vergangenheit wiederholt Eltern, SchülerInnen und Schulleitungen erst aus der Presse von Planungen der Stadtverwaltung erfahren haben, fordern wir einen neuen Kurs bei der Schulentwicklungsplanung. Die Betroffenen sind von Anfang an durch Beteiligungsverfahren in die Entwicklung einzubeziehen.
- Eine kooperative Schulentwicklungsplanung bedarf der intensiven Einbeziehung der freien Schulen als Partner, denn sie übernehmen elementare Funktionen in der kommunalen Bildungslandschaft. Ohne sie wäre die Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrags deutlich schwieriger. Ziel ist dabei die Stärkung der Pluralität und ein kooperatives Miteinander, so dass kommunale Schulen profitieren können.
- Das Engagement von SchülerInnen und Eltern, ob einzeln, als auch in organisierten Interessenvertretungen (Schulgremien, Stadtelternrat, Stadtschülerrat), soll stärker gewürdigt werden.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen grundsätzlich die Teilhabe aller Kinder an einem qualitativem Mittagessenangebot sowie dafür anregende und entsprechende Räumlichkeiten in allen Kitas und Schulen. Nachdem eine Initiative für ein kostenfreies Angebot in der letzten Wahlperiode an der SPD-Oberbürgermeisterin gescheitert war, werden finanzielle Unterstützungen für die Familien zwischenzeitlich teilweise durch das Bundesprogramm „Bildung und Teilhabe“ (BuT) gewährt. Jedoch droht nun in der Hort- und Ferienbetreuung ein erneuter Wegfall – dafür muss Ersatz gefunden werden.
- Lernen muss unter freundlichen und angenehmen Bedingungen stattfinden. Wir fordern daher die schnellstmögliche Grundsanierung und Erfüllung aller Brandschutzauflagen an allen Schulstandorten. Wir wollen, dass es am Ende der kommenden Wahlperiode im Jahr 2019 kein marodes Schulgebäude mehr gibt. In Planungen für künftige Vorhaben sind stets zwingend die Anforderungen zur baulichen Umsetzung des Inklusionsgedankens aufzunehmen. Dies kann jedoch nur ein erstes Zwischenziel sein. Als nächster Schritt ist die umfassende energetische Sanierung in Angriff zu nehmen.
- Bei der Planung der konkreten Ausgestaltung der (Grund)Sanierungsmaßnahmen sind die jeweiligen Schulgremien frühzeitig zu beteiligen und unnötige Belastungen und weit entfernte Ausweichstandorte möglichst zu vermeiden.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Zum Anspruch auf ein anregendes Schulumfeld gehört auch, die Schulsportstätten beziehungsweise deren Sanierung oder Neubau mit zu planen.
- Wir wollen Natur- und Entspannungserlebnisse in den Pausen ermöglichen und fordern dazu grüne, vielfältige und ansprechende Schulhöfe. Dafür sollten– wo möglich–Flächen entsiegelt werden. Grüne Schulhöfe könnten auch im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entstehen, die für Eingriffe in die Natur bei anderen Projekten gefordert werden. Eine Zweitnutzung als öffentliche Spielplätze außerhalb der Schulzeiten halten wir zur Vergrößerung des Spielflächenangebots in Halle (Saale) ebenso für wünschenswert.
- Die Ausstattung der Schulen in Halle (Saale), beispielsweise mit Lehr- und Lernmitteln und schnellen Breitbandinternetanschlüssen, sind noch immer stark verbesserungswürdig. Hierfür fordern wir einen stärkeren städtischen Einsatz. Die Schulmedienstelle soll ebenfalls erhalten bleiben.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass alle halleschen Schulen bis 2018 mit schnellem Breitbandinternet und zeitgemäßer sowie pädagogisch angemessener IT-Geräte- und Infrastruktur wie schulweiten Funknetzwerken ausgerüstet worden sind. Wir fordern dazu das schon von uns im Stadtrat beantragte konkrete Umsetzungsprogramm. Kinder, Familien und Lehr- und Erziehungspersonal brauchen Antworten auf die Herausforderungen und Risiken der umfassenden Digitalisierung unserer Gesellschaft und des alltäglichen Umgang mit vernetzten Geräten. Die Beantwortung dieser Fragen geht weit über die Lehrpläne hinaus. Die Stadt sollte einen Beitrag leisten, indem sie einen öffentlichen Diskussionsprozess dazu beginnt.
- Aufgrund der landesgesetzlichen Ausgestaltung der Fahrtkostenerstattung existiert eine Zweiteilung der halleschen SchülerInnenenschaft in jene, die aufgrund größerer Entfernungen zwischen Wohnsitz und Schule in den Genuss einer kostenfreien ÖPNV-Karte kommen und jenen, die durch dieses Raster fallen und momentan zu hohen Preisen privat für Fahrten zahlen müssen. Diese Ungerechtigkeit aufgrund einer willkürlichen Abstandsfestlegung wollen wir beenden. Dabei begrüßen wir die jüngsten Bestrebungen der HAVAG, ein günstigeres Schülerticket-Zusatzangebot zu entwickeln. Alle SchülerInnen sollen auf Wunsch ein günstiges Schülerticket beziehen können. Dafür müssen auf Landesebene die bestehenden Entfernungsgrenzen geändert werden. Wir setzen uns im Stadtrat und gegenüber der Stadtverwaltung dafür ein.

Hochschulen

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freuen sich über neue Studierende, die nach Halle (Saale) kommen, über jedes Forschungsergebnis, jede Publikation und jede Wissenschaftlerin und jeden Wissenschaftler, die hier arbeiten. Wir wollen mithelfen, dass noch mehr von ihnen den Weg nach Halle (Saale) finden und sich die Hochschulen weiter positiv entwickeln können.
- Wir fordern einen deutlich stärkeren Einsatz der Stadt für die Weiterentwicklung unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Als Signal für die Konzentration der städtischen Entwicklungsarbeit hat der bisherige Geschäftsbereich Wirtschaft der Stadtverwaltung den zusätzlichen Aufgabenbereich Wissenschaft erhalten. Dies gilt es nun mit Leben zu füllen. In diesem Bereich liegt der Schlüssel für die Zukunft unserer Stadt, darauf sollten sich die städtischen Kraftanstrengungen richten. Die auf unsere Initiative zu einem Dialogforum hin geschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen Martin-Luther-Universität und der Stadt muss nun in kontinuierlicher Zusammenarbeit und verschränkter Planung umgesetzt werden.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Die im letzten Jahr verhandelte Kürzungsrunde an den Hochschulen des Landes ab 2014 reiht sich ein in eine unheilvolle Tradition entsprechender Abbaumaßnahmen. Mit den größten Protesten in unserer Stadt seit über 20 Jahren gelang es, die Kürzungen bedeutend geringer ausfallen zu lassen, als anfangs befürchtet. Dennoch werden so neue Wunden geschlagen, werden unverzichtbare Institutionen beschädigt, bleiben Fragen offen. Die Stadt Halle (Saale) kann sich mit diesem Angriff auf ihre Zukunftsfähigkeit auch nach Verabschiedung des Landeshaushalts nicht zufriedengeben. Ständige und anhaltende öffentliche Diskussionen und der Einsatz von Stadtrat und Stadtverwaltung für eine starke, ausfinanzierte Hochschullandschaft in unserer Stadt bleiben daher geboten. In der konkreten Umsetzung der Sparauflagen sollte die Stadt den Hochschulen tatkräftig zur Seite stehen, um die schlimmsten Folgen zu verhindern.
- Wir setzen uns nach wie vor für den Erhalt und die Weiterentwicklung der halleschen Uniklinik ein und unterstützen die Vorschläge der Universität Halle zur Optimierung der medizinischen Ausbildung und Versorgung. Diese Institution wird sowohl für die hochspezialisierte Versorgung der Bevölkerung wie auch als Forschungseinrichtung benötigt. Sie bildet MedizinerInnen und ZahnmedizinerInnen aus, die in unserer Stadt und im ganzen Land dringend gebraucht werden. Darüber hinaus bietet sie die universitäre Qualifikation in anderen Gesundheitsfachberufen an.
- Wir wollen neue Studierende in Halle (Saale) nicht mit einem Steuerbescheid begrüßen. Als klares Signal und politischen Anreiz fordern wir weiterhin den Verzicht auf die Zweitwohnsitzsteuer. Stattdessen wollen wir positive Anreize für die Anmeldung des Hauptwohnsitzes von Studierenden in Halle. Dies gelingt z. B. mit der Weiterführung des Willkommenspaket-Programms oder regelmäßigen Hauptwohnsitzkampagnen.
- Verwaltung und Politik haben ebenfalls eine Verantwortung dafür, dass sich internationale Studierende und Wissenschaftler in Halle (Saale) wohlfühlen und ihnen der Aufenthalt und die Erledigung notwendiger Formalitäten so einfach wie möglich gestaltet werden. Dazu muss die interkulturelle Kompetenz beispielsweise in der Stadtverwaltung und den städtischen Wohnungsgesellschaften weiterentwickelt werden.

Erwachsenenbildung

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich strikt gegen Kürzungen bei der Stadtbibliothek und ihren Zweigstellen aus. Angezeigt ist stattdessen endlich wieder ein Ausbau des Angebots, sowohl digital als auch klassisch und wieder ein eigenes Budget für Anschaffungen. Insbesondere das Engagement des Fördervereins gilt es in diesem Zusammenhang zu unterstützen. Als nicht ausreichend betrachten wir die Bestrebungen, Neuanschaffungen allein aus Mitteln des Fördervereins und den Säumnisgebühren zu finanzieren.
- Gleiches gilt für die Volkshochschule. Auch hier muss weiterhin ein umfangreiches, bezahlbares Angebot erhalten bleiben. Wir wollen eine Weiterentwicklung des gemeinsamen Standorts von Volkshochschulen und Bibliothek am Hallmarkt zu einem offenen und kooperativen „Haus des Lernens“.
- Zu einer gelungenen kommunalen Umsetzung des Konzepts des „lebenslangen Lernens“ gehört für uns eine vielfältige Kooperationslandschaft nicht nur zwischen Stadtbibliothek und den Volkshochschulen von Stadt und Saalekreis, sondern auch von weiteren Bildungsträgern und Bildungseinrichtungen sowie den Hochschulen des Landes. Für die Vermittlung und Weiterentwicklung sollte sich die Stadt stärker einsetzen.

Umwelt- und Klimaschutz

Halle (Saale) ist die grünste Großstadt Deutschlands, und das soll auch so bleiben. Die natürlichen und naturbelassenen Bereiche sowie die gestalteten grünen Freiflächen, Parks und Gärten stellen eine besondere Qualität unserer Stadt dar, die es zu erhalten, zu pflegen, auszuweiten und zu entwickeln gilt. Ein gesundes Stadtklima und eine intakte Umwelt sind bestimmend für die Lebensqualität in unserer Stadt. Der Klimawandel stellt uns vor eine der größten Herausforderungen der Zukunft, auf die wir auch in unserer Stadt reagieren sollten. Die Reduzierung von CO₂-Emissionen in der Stadt durch Energieeffizienz und die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen ebenso wie eine Umstellung auf ressourcenschonendes Wirtschaften kommt nicht nur dem Klimaschutz, sondern langfristig auch dem städtischen Haushalt zugute. Neben der Reduzierung klimaschädlicher CO₂-Emissionen müssen auch Anpassungsstrategien an den Klimawandel für den Umgang mit bereits jetzt absehbaren Folgen der Klimaerwärmung verfolgt werden. Neben einer Verbesserung des Stadtklimas ist hier der Hochwasserschutz vorrangig zu nennen.

Ökologische und klimafreundliche Stadt

- Die Stadt Halle (Saale) soll sich verbindlich zu einem ehrgeizigen CO₂-Reduktionsziel bekennen. Der von uns initiierten Entscheidung des Stadtrates, „Modellkommune für Klimaschutz und erneuerbare Energien“ zu werden sind bislang keine ausreichenden Schritte gefolgt. Zumindest die Maßnahmen des städtischen Klimaschutzkonzepts müssen konsequent umgesetzt werden. Der Widerstand von CDU, SPD und FDP gegen verbindliche Reduktionsziele und konkrete Maßnahmen schadet der Stadt und der Umwelt. Außerdem werden Förderprogramme zukünftig vermehrt an die Erreichung von CO₂-Reduktionszielen gekoppelt. Hier kann die Stadt bislang zu wenig vorweisen.
- In der vergangenen Wahlperiode wurde das immense Energieeinsparpotential in den städtischen Gebäuden nur zu einem kleinen Teil angegangen. Mit dem Zukunftsfonds (Mittel aus den VNG-Anteilsverkäufen der Stadt) wurde zwar in einem ersten Schritt in energetische Sanierungen und Energieeinsparmaßnahmen investiert und damit ein Beitrag zum städtischen Schuldenabbau geleistet. Nach wie vor verbleiben allerdings etliche städtische Gebäude mit einem hohen Sanierungsbedarf und Einsparmöglichkeiten - etwa auch hinsichtlich der technischen Ausstattung von Arbeitsplätzen. In unseren Augen ist es ein finanzpolitisches Versäumnis der Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren, dass Haushaltsmittel zur Energieeinsparung bislang nur im Zusammenhang mit Förderprojekten bereitgestellt wurden. Die im städtischen Energiebericht benannten Gebäude mit höchstem Energieeinsparpotential müssen daher schnellstmöglich energetisch saniert werden und bei allen Neubau- und Sanierungsprojekten das Erreichen von Energieeinsparzielen konsequent überprüft werden.
- Die vielversprechenden Energiewendeprojekte der Stadtwerke sind durch falsche Weichenstellungen auf Bundesebene ins Taumeln geraten. Die Investitionen des Unternehmens in Richtung erneuerbare Energien, Energieeffizienz und CO₂-Einsparung halten wir nach wie vor für eine zukunftsichere Ausrichtung, die sich nicht erst langfristig auszahlen wird.
- Geeignete Dachflächen der städtischen Immobilien und der Gebäude der städtischen Wohnungsgesellschaften und Unternehmen müssen für Solarthermie- und Photovoltaikanlagen zur Strom- und Wärme Gewinnung (entweder zur eigenen Nutzung oder zur Verpachtung an

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Dritte) zur Verfügung stehen. Das städtische Dachflächenkataster für Solaranlagen muss daher laufend erweitert und möglichen InvestorInnen zur Verfügung gestellt werden.
- Zur Erreichung der Klimaschutzziele ist es notwendig, dass die Stadt für ihre Gebäude zertifizierten Ökostrom bezieht.
 - Grundsätzlich muss die Stadt neuen Ideen zur Produktion von erneuerbaren Energien aufgeschlossen gegenüber stehen. Denkbar sind hier die Unterstützung von Bürgerkraftwerksprojekten für Photovoltaik und Solarthermie, auch im Rahmen von gemeinsamen Fonds mit der Saalesparkasse, und auch Pilotprojekte zur Anbringung von Kleinwindkraftanlagen.
 - Städtische Einrichtungen sollen darüber hinaus ressourcenschonend, energieeffizient und umweltfreundlich arbeiten. Über die von uns initiierte 100% Recyclingpapier-Nutzung hinaus fordern wir auch nachhaltige Beschaffung und entsprechende Vergaberichtlinien. Mit der Umsetzung der ebenfalls von uns initiierten papierlosen Ratsarbeit könnte auch der Stadtrat einen erheblichen Beitrag leisten.
 - Bei der Reform der Abfallgebührensatzung und der Abfallwirtschaftssatzung muss vorrangige Zielsetzung – zusätzlich zu BürgerInnenfreundlichkeit von Regelungen und Gebühren - die Müllvermeidung sein.
 - Einen guten Erfolg in dieser Wahlperiode hatten wir mit dem vehementen Einsatz gegen die Schließungspläne zum Schulumweltzentrum Franzigmark. Nach einem langwierigen Prozess konnte die Franzigmark zu vertretbaren Konditionen an einen freien Träger übergeben werden, so dass zukünftig Kinder und Jugendliche vor allem aus Schulen und Kitas Angebote zur Umweltbildung erhalten können.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass auch Projekte im Umwelt- und Klimaschutz durch die Stadt Halle (Saale) unterstützt werden. Dies können materielle wie immaterielle Leistungen sein. Mittlerweile erhalten Projekte im Umweltschutz durch die Stadt keinerlei finanzielle Unterstützung mehr. Mit einer Förderrichtlinie Umwelt- und Klimaschutz kann eine angemessene Möglichkeit zur Bezuschussung von Umweltprojekten wieder geschaffen werden.

Stadtgrün

- Der Baumbestand in der Stadt trägt zur Verbesserung des städtischen Klimas und der biologischen Vielfalt bei und ist ein charakteristisches Element des Stadtbildes. Die städtischen Bäume müssen allerdings noch besser geschützt, gepflegt und erhalten werden. Die in der letzten Wahlperiode verabschiedete Baumschutzsatzung hätten wir uns an der einen oder anderen Stelle noch ehrgeiziger gewünscht. Sie formuliert aber bereits einen hohen Standard zur Erhaltung von Bäumen im Stadtgebiet. Die Baumschutzsatzung muss konsequent angewendet und regelmäßig evaluiert werden.
- Baumfällungen durch die Stadtverwaltung müssen auf das Unvermeidbare beschränkt werden und für die BürgerInnen transparent und nachvollziehbar sein. Bei angedachten Baumaßnahmen sollte daher stärker nach Alternativen zur Fällung gesucht werden. Falls doch Fällungen bei Baumaßnahmen notwendig sind, sollten Ersatzpflanzungen gewählt werden, die schnell wieder eine ansprechende Wuchshöhe erreichen.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Zurzeit gibt es so gut wie keine vorbeugende Baumpflege, so dass sich Schäden oft so weit entwickeln können, dass nur die Fällung zur Gefahrenabwehr verbleibt. Dieser Tendenz kann durch angemessene Prüf- und Pflegeintervalle entgegengewirkt werden. Bei neuen Baumpflanzungen sollten zukünftig der Standort und die mikroklimatischen Anforderungen der vorgesehenen Baumart sorgfältig geprüft und gegebenenfalls bauliche Maßnahmen wie Wurzelleitsysteme zur Standsicherung ergriffen werden, damit Bäume nicht vorzeitig gefällt werden müssen.
- Halle (Saale) braucht ein modernes, aktuelles und öffentlich zugängliches computergestütztes Baumkataster zur Unterstützung des Erhalts des Baumbestandes in unserer Stadt, in dem alle Bäume mit Standort und Vitalitätszustand verzeichnet sind.
- Jährlich steigt der Anteil der durch die Abteilung Stadtgrün zu pflegenden Flächen bei einer gleichzeitigen Verringerung des Budgets und der Verringerung der Zahl der MitarbeiterInnen. Da die Pflege der gestalteten Grünflächen zunehmend nicht mehr in dem gewohnten Umfang und Qualität gewährleistet werden kann, die Grünflächen der Stadt jedoch Pflege benötigen, lehnen wir eine stetige Reduzierung der Haushaltsmittel für die Abteilung Stadtgrün ab.
- Statt der pflegeaufwändigen und damit teuren Bepflanzungen von Rabatten mit wechselnden saisonalen einjährigen Bepflanzungen schlagen wir als neuen Regelfall für die städtischen Grünflächen kostengünstigere und innovative Staudenbepflanzungen vor, deren Blühzeiten sich über das Jahr ergänzen und deutlich weniger Pflege benötigen sowie einen schonenden Umgang mit Ressourcen (Wasser) ermöglichen. Eine weitere Möglichkeit ist die Aussaat von Blumenwiesenmischungen in Rasen- und straßenbegleitenden Grünstreifen, die bei geringen Kosten ebenfalls ein ganzjährig attraktives Erscheinungsbild bieten können. Geringere Mäh-Intervalle von Rasenflächen sind neben der Kostenreduzierung auch aus ökologischen und optischen Gründen wünschenswert.
- Neben den zentralen städtischen Grünflächen und den Stadtbäumen, die weiterhin in der Pflege des Fachbereichs Umwelt verbleiben sollen, wollen viele BürgerInnen zusätzliche Flächen in unserer Stadt gärtnerisch bewirtschaften. Indem BürgerInnen brachliegende Flächen überlassen werden, kann der Anteil von Grünflächen in unserer Stadt weiter anwachsen. Wir begrüßen Projekte wie die Arbeitsgruppe Stadtgrün, die an Konzepten zur Nutzung innerstädtischer Grünflächen arbeitet („urban gardening“) oder das Stadtgarten-Projekt in Glaucha als Beispiele für diese Form des Engagements. Wir setzen uns dafür ein, dass derartiges Engagement durch die Stadtverwaltung akzeptiert und in geeigneter Weise unterstützt wird.
- Wir fordern die bedarfsgerechte Ausstattung von Grünanlagen mit Abfallbehältern sowie eine Erhöhung der Leerungsfrequenz.

Naturnahe Stadt

- Ein mittlerweile wieder sehr naturnaher Erholungsraum in unserer Stadt ist der Hufeisensee. Die Pläne der Stadtverwaltung und die Haltung der Stadtratsfraktionen von CDU, FDP, MitBürgern und SPD zur kompletten Umgestaltung des Areals halten wir für falsch. Die Pläne zur Errichtung einer Wakeboardanlage (mitsamt eines neu anzulegenden Beckens) sowie eines Golfplatzes auf den Flächen am Ufer des Hufeisensees sowie die komplette Erschließung des Geländes lehnen wir auch aufgrund der dort befindlichen Altdeponie ab. Trotzdem der Bebauungsplan zum Hufeisensee durch die Mehrheit in der Stadtratssitzung im November 2013 beschlossen wurde,

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

werden wir uns weiterhin für den Erhalt des Naturraums einsetzen und ein alternatives Nutzungskonzept vorlegen. Wir wollen, dass der Charakter des Sees und die anliegenden Naturräume weitestgehend erhalten bleiben und städtische Mittel nicht weiter zur Zerstörung desselben eingesetzt werden.

- Ein wichtiger Beitrag für Mikroklima, Grün und ökologische Vielfalt in der Stadt leisten auch die Kleingärten. Zum Erhalt der Kleingartenanlagen, insbesondere im Innenstadtbereich, war die Kleingartenkonzeption bereits ein wichtiger Schritt. Wir tragen die in der Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale) formulierten Entwicklungsperspektiven mit, fordern aber eine möglichst schonende Umsetzung von Rückbaumaßnahmen auf Grund teilweise sinkender Nachfrage in der Zusammenarbeit mit dem Stadtverband der Gartenfreunde und den betroffenen Kleingartenvereinen. Die Umsetzung der bereits vorgesehenen Haushaltsstelle zur Entwicklung der Kleingartenlandschaft in der Stadt muss hierfür endlich erfolgen.
- Die Saale und ihre Ufer als zentraler Ort in der Stadt müssen ihren Charakter behalten. Dies steht allerdings einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Fluss nicht im Wege. Der Naturraum soll hier erlebbar sein. Statt weiterhin zum Scheitern verurteilte Einzelprojekte wie den Stadthafen zu verfolgen, sollte die Stadtverwaltung endlich ihr Konzept zur Entwicklung von Wassertourismus und Freizeitgestaltung auf und an der Saale vorlegen, um mit dem Stadtrat hierüber ins Gespräch kommen zu können.
- Erhebliche Teile der Stadtfläche sind Bestandteil des europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000. Die größten Gebiete sind die Dölauer Heide und die Saale-Elster-Aue. Die Stadt soll die Pflege- und Entwicklungspläne für die Schutzgebiete in ihrer Zuständigkeit laufend fortschreiben. Die ökologische Waldbewirtschaftung sehen wir als Idealbild einer naturverträglichen Waldnutzung.
- Den Lückenschluss der A 143 lehnen wir weiterhin ab, da eine Verkehrsentlastung für die Stadt nicht zu erwarten ist, aber schützenswerte Biotope verloren gingen. Die für den Lückenschluss aufzuwendenden Mittel halten wir für verschwendet.

Immissionsschutz

- Wir setzen uns für eine Reduzierung gesundheitsschädlicher Immissionen und die Verbesserung der städtischen Luftqualität ein. Die von der Landesregierung eingeführte Umweltzone zeigt erste Erfolge, denn Feinstaub und Abgasbelastung sind zurückgegangen. Dennoch werden die Grenzwerte zur Luftreinhaltung weiter überschritten. Auch nach der Einführung der Umweltzone sind daher weitere Schritte zur Verbesserung der innerstädtischen Luftqualität nötig. Hierzu müssen die Stärkung des ÖPNV und die Reduzierung des LKW-Durchgangsverkehrs gehören.
- Lärm als Krankheitsrisiko wird immer noch unterschätzt. Die Aktualisierung der Lärmaktionsplanung ist längst überfällig und diese muss auch endlich umgesetzt werden. In der letzten Wahlperiode haben wir uns konsequent und erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Problem des Fluglärms im Osten Halles durch die Stadtverwaltung anerkannt wird und eine Abstimmung mit den Flughafenbetreibern und den Umlandgemeinden erfolgt. Alle Möglichkeiten der Fluglärmreduzierung wie eine bessere Auslastung der Startbahnen sowie eine Veränderung der Flugrouten sollten verfolgt werden, damit weniger BürgerInnen vom Fluglärm betroffen sind.

Klimaanpassung und Hochwasserschutz

- Die Hochwasser in den Jahren 2011 und 2013 haben uns die Verletzlichkeit unserer Stadt vor Augen geführt. Wir brauchen daher einen neuen Realismus im Umgang mit Extremwetterlagen. Hier ist zuallererst die Landesregierung gefragt, ihren Aufgaben zum Hochwasserschutz für die Stadt nachzukommen. Oberbürgermeister und Stadtrat müssen sich weiterhin dafür einsetzen.
- Dabei darf die Verbesserung des technischen Hochwasserschutzes nicht alleine im Vordergrund stehen. Ein nachhaltiger Hochwasserschutz kann nur erreicht werden, wenn überregional Strategien entwickelt und insbesondere Überflutungsflächen geschaffen werden.
- Die Stadt Halle (Saale) muss die Möglichkeit des Rückbaus von Infrastruktur und Bebauung in Überschwemmungsgebieten prüfen und mittelfristig umsetzen. Das reduziert die Kosten für die Beseitigung von Hochwasserschäden.
- Wir fordern, dass die Stadtverwaltung ihre Prüfung der Hochwasserverträglichkeit bei Planungen aufgrund der Erkenntnisse aus den letzten Hochwassern anpasst.
- Alle Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes, die aus Sicht der Stadt in eigener Zuständigkeit oder in der Zuständigkeit des Landes notwendig sind, sollten in einem Hochwasserschutzkonzept zusammengefasst und mit den BürgerInnen diskutiert werden.
- Um den Auswirkungen der Klimaerwärmung auf das Stadtklima entgegenzuwirken, sollte eine weitere Verdichtung in Bebauung und Verkehr auf den Prüfstand kommen. Pilotprojekte zur Fassadenbegrünung können ebenfalls dazu dienen, die Folgen des Klimawandels für Luftqualität und –temperatur zu mindern.

Mobilität und Verkehr

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Verkehrskonzept, das dem Leben und den oft kurzen Wegen in der Stadt gerecht wird und Lärmbelastigungen, Umweltverschmutzungen sowie Flächenverbrauch senkt. Dies bedeutet für uns den Einsatz für einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr und insbesondere die Berücksichtigung von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und mobilitätseingeschränkten Personen. Doch leider wird in Halle dem sich abzeichnenden und notwendigen Mobilitätswandel weg vom Auto noch nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet.

Insbesondere die Vernachlässigung des Radverkehrs wurde an vielen Beispielen deutlich. Herausragend war hier die fehlende Berücksichtigung des stadteinwärtigen Radverkehrs bei der Sanierung der Klausbrücke, die Bereitstellung von nur 13 Fahrradbügeln vor dem neuen Erdgas-Sportpark oder die nur sehr schleppende Umsetzung der neuesten bundesrechtlichen Regelungen z. B. zur Anordnung von Radwegebenutzungspflichten. Zudem besitzt Halle laut Kinderunfallatlas noch immer eine der bundesweit höchsten Unfallquoten von radfahrenden Kindern unter 14 Jahren.

Während in Halle Fußwege zum Parken freigegeben werden oder Kreuzungsbereiche oft genug zugeparkt sind und die sichere Querungen erschweren, zeigt Leipzig, was bei Ausnutzung der vorhandenen Rechtslage möglich ist. Hier werden den Fußverkehr und insbesondere Schulkinder behindernde Parkverstöße konsequent geahndet.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

Trotz steigender Preise sinkt das ÖPNV-Angebot weiter, insbesondere die Gebiete in städtischer Randlage sind gerade in den Abend- und Nachtstunden zu schlecht angebunden. Die städtische Infrastruktur befindet sich insgesamt in einem desolaten Zustand, zu viele Versorgungsleitungen, Straßen und insbesondere Brücken sind längst reparaturbedürftig.

Umgestaltung des öffentlichen Straßenraums

- Wir wollen, dass der öffentliche Straßenraum attraktiver und vielfältiger nutzbar wird. Dabei wollen wir insbesondere die sichere Nutzbarkeit für alle VerkehrsteilnehmerInnen sicherstellen, insbesondere für die schwächeren unter ihnen. Dazu gehört für uns elementar ein guter Zustand der Fuß- und Radwege, deren barrierearme Ausgestaltung sowie die stadtweite Analyse und Beseitigung der relevanten Unfallschwerpunkte. Hier haben Schulwege und typische Freizeitverkehrsrouten von Kindern Priorität.
- Die Stadt soll sich für eine Verbesserung des Verkehrsbildungsunterrichts in Kitas und Schulen einsetzen.
- Wir fordern die vollständige Umsetzung des Tempo-30-Konzeptes und setzen uns dafür ein, dass alle Wohngebiete verkehrsberuhigt werden.
- Zur Verkehrsberuhigung muss die Stadt auf ein breites Instrumentarium zurückgreifen. Neben der Ausweisung von Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigten Bereichen muss auch die Möglichkeit der Ausweisung von sogenannten Shared-Space-Bereichen geprüft werden (hier nutzen alle VerkehrsteilnehmerInnen gemeinsam den Verkehrsraum). Ein derartiges Pilotprojekt in Halle würden wir ausdrücklich begrüßen.
- Motorisierter Individualverkehr zieht mit seinen Emissionen von Schadstoffen und Lärm sowie dem enormen Flächenbedarf für das Parken eine ganze Reihe von negativen Folgen nach sich. Besonders die Wirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt sind erheblich. Diese Belastungen müssen weiter reduziert werden. Möglichkeiten liegen hier insbesondere im Luftreinhalteplan und im Lärmaktionsplan der Stadt sowie in der Stärkung von Alternativen zum motorisierten Individualverkehr. Zur weiteren Reduzierung der Fahrzeugdichte und zur effizienteren Nutzung von PKWs muss die Stadt Halle Carsharing deutlich stärker unterstützen. Wichtig ist zum Beispiel, dass städtische Flächen für neue Stationen freigegeben werden. Auch die Nutzung des Carsharings für den eigenen städtischen Fuhrpark sollte ausgeweitet werden und Vorbild sein, zum Beispiel für die kommunale Wohnungswirtschaft.
- Die globale Frage des Klimawandels macht auch vor Halle nicht halt: Preissteigerungen von Erdöl und die Notwendigkeit zur CO₂-Reduktion erfordern auch das Handeln vor Ort! Auf diese schwierigen Herausforderungen für die zukünftige städtische Mobilität und die damit zusammenhängenden sozialen Folgen muss sich die städtische Politik vorbereiten und Alternativlösungen entwickeln. Neben der weiteren Stärkung des Umweltverbundes und insbesondere des ÖPNV muss dazu auch ein Konzept für die Elektromobilität gehören. Die notwendige Infrastruktur (z. B. Errichtung von Ladestationen) muss bei zukünftigen Planungen mitgedacht und umgesetzt werden. Das Tempo-20-Konzept der verkehrsberuhigten, autoarmen Innenstadt unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vollständig. Angesichts der weiterhin nicht ausgelasteten Parkhäuser und -plätze entlang des Altstadtrings können wir jedoch keinen Bedarf zur Schaffung zusätzlicher Angebote erkennen. Diese immer wieder formulierten Forderungen weisen wir zurück.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Unterhalt statt Neubau: Grundsätzlich müssen die knappen Straßenbaumittel in den Erhalt des Bestands, insbesondere auch der Brückenbauwerke, investiert werden. Bei der dazu notwendigen Prioritätensetzung ist der zukünftige Bedarf realistisch zu prognostizieren und zugrunde zu legen.
- Bei Baumaßnahmen kommt es immer wieder zu gravierenden Baumängeln, die die Verkehrssicherheit und den Komfort des Verkehrs beeinträchtigen, z. B. durch wellige Asphaltbeläge oder Schildermasten im Radweg. Deshalb ist der Bauqualität ein höherer Stellenwert zuzuordnen.
- Der weitaus größte Teil des städtischen Verkehrs besteht ausweislich zahlreicher Untersuchungen aus Quell- und Zielverkehr. Der Anteil des Durchgangsverkehrs ist relativ gering. Entsprechend werden neue Autobahnabschnitte und -ausfahrten keine Entlastung mit sich bringen. Vom noch öffentlich zu diskutierenden und dann vom Stadtrat zu verabschiedenden Verkehrsentwicklungsplan 2025 erwarten wir daher eine mutige strategische Arbeit an den verkehrlichen Herausforderungen der Zukunft. Eine lebenswerte Stadt ist für uns eine Stadt mit einem gut ausgebauten ÖPNV und mehr Raum für Rad- und Fußverkehr.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass langfristig Alternativen zur Hochstraße gefunden werden. Angesichts der in den kommenden Jahren nötigen Zwischensanierungsmaßnahmen am Hochstraßenkomplex sowie dessen Zufahrten in Höhe von über 20 Millionen Euro schlagen wir als kostendämpfende Lösung vor, zwischen Franckeplatz und Glauchaer Platz vorerst nur die nördliche Brückenseite zu sanieren. Nach einem ausführlichen Test der Freigabe von nur einer Fahrspur pro Richtung könnte dann die südliche Brücke abgerissen oder – bei weiterem Bedarf – doch noch saniert werden. Eine solche schrittweise Lösung bedeutet selbst im Falle eines späteren Teilabrisses keine verkehrliche Abkopplung von Halle-Neustadt, weil sie insbesondere nicht die Saalebrücken zwischen Glauchaer Platz und Rennbahnkreuz tangiert. Gleichwohl muss eine solche Entscheidung durch eine verbesserte Radverkehrs- und ÖPNV-Anbindung über die Elisabethbrücke unterstützt werden.

ÖPNV und Umweltverbund

- Wir fordern einen Vorrang für nachhaltige Mobilität (Umweltverbund - nicht motorisierte Verkehrsträger, öffentliche Verkehrsmittel) sowie Carsharing in der Verkehrspolitik. Hierzu gibt es wegen der negativen Wirkungen des motorisierten Individualverkehrs keine Alternative. Deshalb muss bei Verkehrsplanungen endlich eine echte Gleichberechtigung des Fuß- und Radverkehrs realisiert werden. Derzeit findet sich in städtischen Planungen noch zu oft eine deutliche Bevorzugung des motorisierten Verkehrs.
- Wir fordern eine Änderung der Finanzverteilung im Verkehrsbereich. Angesichts der jährlichen Millionenbeträge für Straßenausbau- und Sanierungsmaßnahmen fordern wir, dass für eigenständige Sanierungs- und Neubaumaßnahmen sowohl im Radverkehrs- wie auch im Fußverkehrsbereich zukünftig mindestens 1 Euro pro EinwohnerIn und Jahr aufgewendet werden.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen so schnell wie möglich eine Ausweitung des ÖPNV-Angebots (mehr Linien, mehr Fahrzeuge, kürzere Taktzeiten). Die Haushaltssituation der Stadt wird dies jedoch leider nicht so schnell zulassen. Dennoch gilt es, die entscheidende Rolle der HAVAG für die verkehrliche Funktionsfähigkeit unserer Stadt und als kostengünstiges Transportmittel vieler

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

HallenserInnen anzuerkennen und zumindest keine weiteren Angebotskürzungen vorzunehmen. Zugleich muss das Angebot benutzerInnenfreundlicher weiterentwickelt werden. Auch für Ortsfremde muss es unkompliziert möglich sein, sich über Verbindungen zu informieren und einen ÖPNV-Fahrschein zu erwerben. Wir begrüßen daher die Entscheidung der HAVAG, neue Fahrscheinautomaten in den Bahnen zu installieren.

- Ein weiterer Baustein eines komfortableren und nutzerInnenfreundlicheren ÖPNVs sind verbesserte Mitnahmemöglichkeiten von Kinderwagen, Gehhilfen, Rollstühlen und Fahrrädern. Wir werden darauf drängen, dass in der bestehenden Wagenflotte das Platzangebot der Multifunktionsstellflächen dafür ausgeweitet wird. Unser Vorbild ist dabei der Niederflur-Straßenbahnwagen Flexity in Berlin. Wir wollen zudem, dass die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern zunächst außerhalb der Hauptverkehrszeiten wieder ermöglicht wird.
- Zur Verbesserung der Verknüpfung des ÖPNV mit anderen Verkehrsmitteln fordern wir Schritte hin zu einem Ticketverbund für die kombinierte Nutzung von Carsharing- und Leihradangeboten sowie den Ausbau zentraler Haltestellen zu Mobilitätsstationen.
- Bei der Umsetzung des Stadtbahn-Projekts fordern wir deutlich mehr Augenmaß für die verkehrlichen und baulichen Gegebenheiten in Halle. Angebliche Fördermittelvorgaben dürfen nicht unreflektiert zu Umsetzungsentscheidungen führen. Die Entscheidung für den Abriss der ehemaligen Weingärterschule (Künstlerhaus 188) halten wir für falsch. Die Grüne Fraktion hat sich dagegen eingesetzt und kritisch nach Alternativen gefragt.

Radverkehr

- Wir wollen in der kommenden Wahlperiode den umweltfreundlichen und gesundheitsfördernden sowie platzsparenden Radverkehrsanteil am Gesamtverkehrsaufkommen in unserer Stadt deutlich steigern – von aktuell 13 Prozent auf mindestens 20 Prozent. Wichtig zur Erreichung dieses Ziels sind direkte, komfortable und sichere Verbindungen. Ein zentraler grüner Vorschlag dazu ist die Schaffung eines durchgängigen Radwegenetzes mit zentralen Routen für den Alltagsverkehr der RadfahrerInnen. Dieses Netz ist auszubauen und umfassend auszuschildern und in einem nächsten Schritt durch spezielle Radstraßen zu erweitern. Überfällig ist dabei die dringend benötigte Radverkehrsverbindung für die Strecke Hauptbahnhof-Markplatz.
- Die neuen verkehrsrechtlichen Möglichkeiten z. B. zur Freigabe von Einbahnstraßen und Einrichtung von Fahrradstraßen sind radverkehrsfördernd umfassend anzuwenden.
- Ordnungsamt und Polizei dürfen nicht länger die Augen vor parkenden PKW und LKW auf Fahrrad- und Fußwegen verschließen.
- Wir brauchen in Halle weiterhin deutlich mehr Radabstellanlagen im öffentlichen Raum. Erst wenn die Schaffung von Fahrradabstellanlagen in der städtischen Planung genauso selbstverständlich geworden ist wie die von PKW-Parkplätzen, kann eine zufriedenstellende Deckung des Bedarfs erreicht werden. Die auf unsere Initiativen hin vom Stadtrat verabschiedete Gestaltungsrichtlinie für Abstellanlagen öffentlicher Einrichtungen sollte dabei handlungsleitend sein – insbesondere bei der Aufstockung der Angebote an Schulen und öffentlichen Gebäuden. Die längst beschlossene Radstation am Hauptbahnhof muss in der kommenden Wahlperiode endlich gebaut werden.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Wir wollen die vorhandene Stellplatzsatzung der Stadt um die Möglichkeit der Schaffung von Abstellplätzen für Fahrräder ergänzen, um so den Verkehrsmittelwechsel auch bei Immobilienprojekten interessant zu machen. Bisher müssen nach der halleschen Satzung nur PKW-Stellplätze bei Bauprojekten geschaffen werden.
- Um eine weitere Angebotsoption für umweltfreundlichen Verkehr zu schaffen, fordern wir die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen auf, endlich die Einführung eines Leihradangebots voranzutreiben, wie es bereits in vielen deutschen Städten vorhanden ist.
- Wir fordern, die Potentiale des Fahrradtourismus als nachhaltigen Wirtschaftsfaktor ernst zu nehmen und dazu den Saale-Radwanderweg im Stadtgebiet endlich umfassend auszubauen und angemessen auszuschildern. Der Radtourismus soll eine bedeutende Rolle im Tourismuskonzept der Stadt spielen. Hierfür ist ein touristisches und Freizeitradwegenetz auszubauen und ein Wegemanagement für Beschilderung und Reparaturen einzurichten. Die Kooperation mit dem Saale- und Burgenlandkreis ist zu vertiefen und verbindlich zu gestalten.
- Wir fordern außerdem, im Rahmen des Winterdienstes mindestens die Hauptrouten der Radwege vom Schnee frei zu räumen.
- Radfahren fängt bei vielen Menschen im Kopf an. Die lange beschlossenen Kampagne „Halle fährt Rad“ ist endlich zu konzipieren und zu finanzieren.

Zu Fuß unterwegs

- Die alltäglichen und oft zu Fuß zurückgelegten Wege in unserer Stadt bedürfen verstärkter verkehrs- und stadtplanerischer Aufmerksamkeit, denn der Zustand des Fußwegenetzes ist entscheidend für die sichere Nutzung des öffentlichen Raumes. Desolate Fußwege stellen eine direkte Gesundheitsgefahr und konkrete Behinderungen dar. Wir fordern daher, dass keine Fußwege als Parkflächen freigegeben werden dürfen. Bestehende Hindernisse müssen beseitigt werden.
- Auf unsere Initiative hin wird von der Stadtverwaltung in nächster Zeit ein Konzept zur Fußwegesanierung erarbeitet. Zur Realisierung des Konzeptes müssen in den nächsten Jahren entsprechende Finanzmittel bereitgestellt werden. Dabei sollte möglichst der vorhandene Platten- und Pflasterbelag wiederverwendet werden.
- Ein Fußwege- und Barrierefreiheitskonzept der Stadt muss endlich beschlossen und umgesetzt werden.

BürgerInnenbeteiligung und moderne Politik

Umfassende BürgerInnenbeteiligung führt zu qualitativ besseren Entscheidungsprozessen und einer lebendigen demokratischen Kommune. Wir wollen eine Kultur der Wertschätzung von BürgerInnenbeteiligung schaffen.

Die Bürgerinnen und Bürger werden noch nicht ausreichend an Entscheidungsprozessen beteiligt. An vielen Stellen wird erst informiert, wenn grundlegende Entscheidungen bereits gefallen sind – oft haben sich dann Proteste formiert und Verzögerungen ergeben.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

Dabei können selbst kleine Maßnahmen ein deutliches Mehr an Beteiligung erreichen: Zum Beispiel sind auf unsere Initiative hin Bebauungspläne auf der städtischen Internetseite halle.de aufgelistet.

Wir setzen uns ein für einen Kulturwandel im Politikansatz! Wir wollen echte BürgerInnenbeteiligung systematisch in der städtischen Politik verankern und nicht nur vorgetäuschte Akzeptanzbeschaffung. Wir fordern Mut zum Experiment und den klaren politischen Willen, um alle Bürgerinnen und Bürger in die sie betreffenden Angelegenheiten einzubeziehen. Kommunale Politik muss sich an der Chance auf Einflussnahme und Informiertheit der BürgerInnen, an dem Verständnis notwendiger Abwägungen und an weniger Politikverdrossenheit messen lassen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die für alle Beteiligten konflikthafte Zuspitzung aufgrund später Bürgerinformation vermieden wird. Stadtverwaltung und Stadtrat müssen die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Projekten in sehr frühen Planungsphasen rechtzeitig mitnehmen, solange noch keine substantiellen Entscheidungen getroffen sind. Wir setzen uns für einen Einstellungswechsel weg von der „Vorzugsvariante“, an der die Verwaltung lange im stillen Kämmerlein arbeitet, bevor sie diese der Öffentlichkeit präsentiert, hin zu echten Entscheidungsalternativen ein.

Wir wollen mindestens bei den Themen

- Bauleitplanung, Stadtentwicklung, Verkehr
- Kita- und Schulentwicklungsplanung
- Bürgerhaushalt

eine deutlich spürbarere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Diskussionen und Entscheidungen.

- Wir wollen die Aufbereitung städtischer Planungsideen mit möglichst langem Vorlauf, mit konkretisierten Vorhaben und Beschlüssen.
- Wir wollen die Satzungen und Bebauungspläne in einfachen such- und filterbaren Vorhabenslisten, so dass BürgerInnen schnell die Informationen finden können, die sie interessieren und sie sich in Planungsprozesse einbringen oder darauf einstellen können.
- Moderne Politik zeigt sich ebenfalls an kleinen, aber wirksamen Maßnahmen. Die Grüne Stadtratsfraktion erreichte einen Beschluss zur papierlosen Ratsarbeit – dieser muss nun umgesetzt und ein umfangreiches und vollständiges Bürger- und Ratsinformationssystem mit sich bringen.
- Wir wollen die Übertragung der Stadtratssitzungen per Livestream. Dadurch ist Politik für alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar.
- Wir unterstützen den von der Verwaltung eingeschlagenen Weg der modernisierten Aufbereitung von Informationen und dem verbesserten Zugang von BürgerInnen mittels elektronischer Abwicklung vieler Dienstleistungen – bei einem gleichzeitig hohen Datenschutzniveau. Unsere Aufgabe ist es hier die Umsetzung der zweiten Stufe des E-Government-Masterplanes im Blick zu haben und eine langfristige OpenSource-Strategie für eine informationstechnische Unabhängigkeit der Stadt zu fordern.
- Den Verkauf von Meldedaten an Dritte lehnen wir ab und fordern die Stadtverwaltung zum freiwilligen Verzicht auf.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Bei allen digitalen Möglichkeiten wollen wir nicht vergessen, dass ein großer Anteil der Bürgerinnen und Bürger das Internet nicht selbstverständlich nutzt. Wir wollen keine neuen Ausgrenzung („digital divide“) schaffen, sondern Ausgrenzungen überbrücken. Instrumente wie das Amtsblatt, zielgruppengerechte Flyer oder Bürgerversammlungen sind für uns weiterhin selbstverständliche Anforderungen an eine mitnehmende und informierende Stadtpolitik.
- Die Stadt soll gemeinsam mit (Bürger)Initiativen Leitlinien zur BürgerInnenbeteiligung erstellen und dabei Modelle wie Zukunftswerkstätten, Planungszellen und Stadtteilkonferenzen weiter entwickeln. Zudem soll die Stadt Halle (Saale) Mitglied im Netzwerk Bürgerbeteiligung werden und damit Bürgerbeteiligung nachhaltig anerkennen.
- Wir wollen eine andere Fokussierung beim Thema Bürgerhaushalt. Hier müssen die ersten städtischen Ansätze des Online-Tools „Rechne mit Halle“ zu einem richtigen Bürgerhaushalt erweitert werden. Bürgerinnen und Bürger müssen ergebnisoffen ihre Ideen und Vorstellungen für Schwerpunkte und Einzelmaßnahmen des städtischen Haushalts einbringen können, statt nur Sparvorschläge unterbreiten zu dürfen.

Stadtentwicklung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Halle als lebenswerte Stadt erhalten und gemeinsam mit den BürgerInnen weiterentwickeln: zu einer Stadt mit attraktiven Stadtvierteln mit guter Wohn- und Aufenthaltsqualität auch im öffentlichen Raum, damit Kinder ungefährdet vor der Tür spielen können. Bei der Entwicklung der Wohnquartiere haben gute Fußwege, Sauberkeit, mehr Grün und eine gesunde und ruhige Umgebung für uns klaren Vorrang. Unser Ziel ist ein vernünftiger Ausgleich der verschiedenen Funktionen des öffentlichen Raums, und keine einseitige Bevorzugung des ruhenden Verkehrs.

Planung und Gestaltung des städtischen Raumes müssen nachhaltigen Zielen genügen und die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes für alle Menschen sicherstellen, entsprechend sind dazu soziale und ökologische Ziele in planerisches Handeln umzusetzen. Dies ist in der vergangenen Wahlperiode nur bedingt gelungen. Wir brauchen mehr innovative und fruchtbringende Ansätze in der Stadtentwicklung. Positive Beispiele sind die Eigentümermoderation im Glaucha-Viertel oder der Zwischennutzungsansatz der Wächterhäuser, die durch städtische Intervention ein ganzes Stadtviertel wieder auf positiven Kurs gebracht haben. Dem gegenüber stehen immer noch zu viele Abrisse, leider auch von denkmalgeschützten Gebäuden, sowie eine Stadtplanung mit noch immer viel zu wenig BürgerInnenbeteiligung. Eine besonders tiefe Wunde der vergangenen Wahlperiode stellt die Abrissentscheidung für das Künstlerhaus 188 dar. Sie zeigt auch, wie Stadtverwaltung und Stadtratsmehrheit Denkmalschutz viel zu wenig wertschätzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Zusammenarbeit der Stadt Halle (Saale) mit der Stadt Leipzig und dem Saalekreis in unterschiedlichen Bereichen zum Vorteil der gesamten Region.

Stadt weiter entwickeln

- Wir wollen den öffentlichen Straßenraum sicherer für die schwächsten Nutzer machen! Insbesondere für die Sicherheit von Schulwegen sind weiter besondere Anstrengungen erforderlich, wo nötig auch mit neuen Fußgängerüberwegen. Wir fordern daher die Stadtverwaltung auf, entscheidende Schritte hin zu besseren Parkraumkonzepten in den städtischen Wohnquartieren zu unternehmen. Wir brauchen eine Reduzierung des Parkdrucks, um Fußwege und insbesondere Kreuzungsbereiche sicherer benutzbar zu machen.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, die reiche baugeschichtliche Vergangenheit Halles herauszustellen und für zukünftige Generationen nutzbar machen. Dazu muss der Denkmalschutz in der städtischen Planung einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Es gilt dabei auch, stadtplanerische Wunden zu schließen und das hallesche Alleinstellungsmerkmal einer im 2. Weltkrieg größtenteils unversehrten Innenstadt zu erhalten. Dazu fordern wir die Untersetzung des von der Grünen Fraktion mit initiierten Denkmalschutzprogramms „Rote Liste“ mit konkreten Mitteln und einem konkreten Maßnahmenplan sowie den Einsatz des städtischen Instrumentariums zur Verhinderung von weiteren Abrissen.
- Zum Schutz des typischen Erscheinungsbildes in den bauhistorisch herausragenden Stadtvierteln setzen wir uns für die Erstellung von Erhaltungssatzungen, beispielsweise zur Bewahrung von Vorgärten, ein.
- Wir fordern einen kritischeren Blick auf die Folgen und Konditionen von Stadtumbau- und Straßenbauprogrammen von Land und Bund. Nicht jedes Fördermittelprogramm mit einer hohen Förderquote löst auch ein unabweisbares Problem in unserer Stadt, oft genug werden nur neue geschaffen. Vorrang bei der Entscheidung zu Projekten sollten lokale kommunale Planungen und Bedarfsanalysen haben.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen langfristig den flächendeckenden Glasfaserausbau für zukunftssicheres schnelles Internet in allen Stadtvierteln. Hierbei handelt es sich auch um ein notwendiges Infrastrukturangebot an die Wirtschaft. Als ersten Schritt nach zu langer Zeit städtischer Untätigkeit müssen endlich deutliche Verbesserung beim leitungsgebundenen Breitband-Internet-Angebot erzielt werden, beispielsweise indem die längst bereitstehenden Landesfördermittel für ein Pilotprojekt beantragt werden.

Stadtviertel gemeinsam gestalten

- Die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Stadtvierteln ist, allen alltäglich erfahrbaren Problemen zum Trotz, weiterhin Anspruch grüner Stadtentwicklungspolitik. Wir wollen keine sozial segregierte Stadt, wir wollen das weitere Abdriften benachteiligter Stadtviertel verhindern. Wir haben am Beispiel Glauchas in Halle (Saale) gesehen, dass ernstgemeinte politische Interventionen Früchte tragen können. Diese Erfahrung gilt es nun, auf andere Stadtviertel zu übertragen. Die Stabilisierung der Situation vor Ort kann dabei unter anderem durch die Sicherung und den Ausbau städtischer Einrichtungen und die Unterstützung privater Initiativen befördert werden.
- Das verabschiedete Einzelhandels- und Zentrenkonzept bietet als Planungsinstrument neue Möglichkeiten für eine realistische Ansiedlungspolitik, zur Stärkung der Innenstadt und zum Schutz wohnortnaher Einzelhandelsversorgung. Im Gegensatz zu wenigen großen

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

Einkaufszentren trägt die wohnortnahe Einzelhandelsversorgung zur Belebung der Stadtviertel bei und kann auch ohne PKW genutzt werden.

- In den ehemaligen Plattenbauvierteln muss der Rückbau von den Rändern her behutsam weitergeführt werden ohne die infrastrukturelle Anbindung an die Innenstadt zu vernachlässigen.
- Ein besonderes Augenmerk wollen wir im Dialog mit den AnwohnerInnen weiterhin auf die reale Verkehrsberuhigung und damit die Beförderung der Entwicklung der Kleinen Ulrichstraße hin zu einer einladenden Kneipenmeile und Einkaufsstraße richten.
- Die Weiterentwicklung des Riebeckplatzes und seines Umfelds muss als ganzheitliches städtebauliches Problem in Angriff genommen werden. Wir sehen einen dringenden Bedarf für eine abgestimmte Gesamtplanung für diesen Bereich.
- Als besonderes städtebauliches Kleinod wollen wir die Allee Pfännerhöhe trotz möglicherweise notwendiger Baumaßnahmen erhalten wissen.
- Wir wollen uns in dieser Wahlperiode der Herausforderung der Doppelstadt zwischen einem über 1200-jährigem und einem 50-jährigen Stadtteil stellen. Dabei sehen wir insbesondere in der Stabilisierung des Zentrums von Halle-Neustadt mit der ungeklärten Zukunft der Hochhausseiben und der Neustadt-Passage eine besondere Herausforderung.
- Bei der Stadtentwicklung ist neben den direkten Baumaßnahmen verstärkt auf die Schaffung von kleineren und größeren Grünflächen als Verweilorte zu achten. Zusätzliche Sitzmöglichkeiten dort und an anderer Stelle in der Stadt wären auch ein Baustein für eine insgesamt generationengerechtere Planungspolitik. Beispielsweise könnten sich Abrisslücken eben so gut als temporäre Mini-Parks oder Spielplätze anbieten.
- Gerade auch auf dem Marktplatz fehlen Sitzmöglichkeiten, mit denen ein besserer Ausgleich zwischen kommerziellen Angeboten und der öffentlichen Aufenthaltsqualität gewährleistet werden kann. Wir wünschen uns zudem Lösungen für mehr (temporäres) Grün auf dem Markt.

Transparenz in Planungsprozessen schaffen

- Wir fordern in der Stadtentwicklungspolitik einen politischen Kulturwandel in unserer Stadt hin zu relevanter BürgerInnen- und Stadtratsbeteiligung bei allen Planungsprozessen.
- Transparenz im Planungsbereich bedeutet, dass alle relevanten Informationen gut zugänglich und sinnvoll aufbereitet auf der städtischen Homepage abrufbar sind. Dazu zählen insbesondere aufgestellte und sich in Planung befindliche Bebauungspläne.
- Wir wollen, dass die Stadt ein konkretes und aktuelles Baulückenkataster führt.

Innovative Ansätze verfolgen

- Gerade in der Stadtplanungspolitik wünschen wir uns die Fortführung und Weiterentwicklung der erfolgreichen Kooperationsmodelle wie dem Netzwerk Stadtentwicklung als Zusammenschluss der Wohnungswirtschaft, Moderationsmodellen wie in Glaucha oder neu im Medizinerviertel. Städtische Kooperationen und (im)materielle Förderungen von dem Gemeinwohl verpflichteten Gruppen wie dem Peißnitzhaus-Verein, Postkult oder den Betreibern der Wächterhäuser sind auszuweiten. Weiterhin gilt es, den Einfluss von Stadtverwaltung und

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

Stadtrat auf die städtischen Wohnungsgesellschaften zu nutzen und diese nicht aus ihrer Verantwortung für Baukultur und die lokale Entwicklung zu entlassen. Gleichzeitig sind neben den wünschenswerten Entwicklungsprozessen die sozialen Folgen derartiger Aufwertungen (Gentrifizierung) zu berücksichtigen und ist ihnen entgegenzuwirken.

- Wir drängen darauf, dass die Stadt zukünftig stärker ihr formelles und zur Not auch ihr juristisches Instrumentarium nutzt, um EigentümerInnen vernachlässigter oder verfallender Gebäude (Schrottimmobilien) an deren Sicherungspflicht und Gemeinwohlverpflichtung zu erinnern. Zu vielen Einstürzen wurde schon tatenlos zugesehen. Dabei wollen wir natürlich so weit wie möglich Abrisse vermeiden und verstärkt dabei helfen, neue Nutzungsmöglichkeiten zu finden und beispielsweise stabilisierende Zwischennutzungen (Wächterhaus-Ansatz, vielleicht auch als kostengünstiger Büroraum für Existenzgründungen) zu vermitteln. Ersatzvornahmen und Abrissverfügungen können nur die allerletzten Schritte sein.
- Der breit angelegte Prozess zur Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts ISEK 2025 wird wichtige Impulse für die Stadt bringen. Wir erwarten eine breit angelegte Bürgerinnenbeteiligung, die Berücksichtigung des Ziels einer ökologischen Stadtentwicklung sowie einen stärkeren Fokus auf die Bestandsentwicklung anstelle von Neubauprojekten.

Klimawandel und Stadtplanung zusammen denken

- Noch ganz am Anfang steht Halle bei der stadtplanerischen Berücksichtigung der Herausforderung durch Klimawandel und Extremwetterereignisse. Hierfür muss in der kommenden Wahlperiode ein erstes Anpassungskonzept entwickelt werden.
- Angesichts steigender Energiepreise und notwendiger CO₂-Einsparungen bleibt die energetische Sanierung des noch großen unsanierten Wohnungsbestands Problemfeld der Stadtentwicklung. Dabei sind sowohl Aspekte des sozialen Ausgleichs zur Abfederung entstehender Kosten als auch des Erhalts der architektonischen Stadtgestalt zu berücksichtigen. Die Stadt sollte da mit gutem Beispiel vorangehen, mit den städtischen Wohnungsgesellschaften Modelle entwickeln und sich gegenüber Land und Bund für Förderungsmöglichkeiten einsetzen. Zudem ist auf den Einsatz nachhaltiger Baustoffe ein besonderes Augenmerk zu legen.

Kunst und Kultur in der Stadt

Halle(Saale) ist Kulturstadt. Bildende, darstellende, musische und Medienkunst tragen dazu ebenso bei wie die künstlerische Betätigung von Kindern, Jugendlichen und BürgerInnen der Stadt.

Lebendige Tradition und Innovation machen Halles institutionelle und freie Kultur- und Kunstszene aus. Beides gilt es gleichermaßen zu schützen und zu stärken, da nur Vielfalt Qualität sichert. Deshalb bedarf es der Förderung von Großereignissen wie der Händelfestspiele ebenso wie der Unterstützung und Unabhängigkeit der freien Kunst und Kultur. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Freiräume für Kulturschaffende zu fördern und Kultureinrichtungen zu stärken.

Die Stadt Halle (Saale) hat gerade im Bereich der Kunst und Kultur viele Alleinstellungsmerkmale, die sowohl vom Bund, vom Land als auch von der Kommune vorgehalten und unterstützt werden, von

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

der Bundeskulturstiftung bis hin zum Puppentheater und viele andere mehr. Kommunale Kulturpolitik muss sich auf die Bereiche konzentrieren, die kommunal gefördert werden. Dennoch ist ein Gesamtkonzept wie die von uns schon zu Beginn der Wahlperiode geforderten kulturpolitischen Leitlinien eine wichtige Handlungsgrundlage, die (hoffentlich) noch im Frühjahr 2014 von einer breiten Mehrheit des Stadtrates verabschiedet werden wird.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb die Diskussion zur konzeptionellen Weiterentwicklung der städtischen Kulturpolitik weiterführen. Die beachtliche Arbeit der vorbereitenden 2 ½ jährigen Anhörung im Kulturausschuss mit beispielhafter Einbeziehung aller Aktiven und Belange darf keine bloße Bestandsaufnahme bleiben. Wir brauchen weiterhin eine öffentliche Debatte über Schwerpunkt- und Zielsetzungen, nicht nur im Blick auf die in der Theater, Oper und Orchester GmbH (TOO) organisierte Hochkultur sondern auch hinsichtlich der Unterstützung der freien Kulturszene.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Erhalt aller Sparten der TOO: Die renommierte Staatskapelle muss A-Orchester bleiben. Die TOO wehrt sich zu Recht gemeinsam mit ihrem Publikum heftig gegen die kulturelle Kahlschlagpolitik der Landesregierung. Die Schließung des innovativen städtischen Kinder- und Jugendtheaters Thalia als eigenständige Sparte - gegen den Widerstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - war ein Fehler, aus dem zu lernen ist: Schnellschüsse bringen keine Kosteneinsparungen. Sinnvoll ist dagegen die Entwicklung von zukunftsfähigen inhaltlichen und organisatorischen Konzepten.
- Strukturelle Anpassungen und Synergien sind aus finanziellen Gründen nötig, brauchen aber ihre Zeit. Ein wichtiger Punkt hierbei sind kostenreduzierende Kooperationen mit anderen Spielstätten und Theatern. Eine neue Finanzierungsquelle ist mit einer Kulturtaxe auf Hotelübernachtungen zu erschließen. Außerdem muss sich das Land an den Kosten der Tarifsteigerungen beteiligen und ein Gesetz zur Beteiligung der Umlandgemeinden an der Stadtkultur (Kulturraumgesetz) verabschieden.
- Wir treten für den Erhalt des ehemaligen Thalia-Gebäudes in der Puschkinstraße als Spielstätte für freie Theater und Jugendinitiativen ein und machen uns für die Idee einer städtischen Kunstgalerie als Ausstellungsort hallescher Kunst stark.
- Wichtige überregional bedeutsame Jahrestage sind von der Stadt angemessen zu unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel das 900-Jährige Jubiläum des Stadsingechors 2016 und das 50-Jährige Jubiläum von Halle-Neustadt in diesem Jahr. Großes Potential für Halle (Saale) liegt im Reformationsjubiläum 2017. Hier wollen wir eine Kooperation Halles mit den Lutherstädten Eisleben, Mansfeld und Wittenberg voranbringen.
- Kultur und Wissenschaft sind Markenzeichen unserer Stadt. Deshalb wollen wir eine stärkere Ausrichtung des Stadtmarketings auf die Werbung mit diesen Markenzeichen.
- Kultur fördert gesellschaftliches Leben und städtische Identität. Deshalb sollen Instrumente geprüft werden, die eine breite Nutzung durch die Bevölkerung möglich machen. Dazu gehört die Verzahnung von kulturellen und schulischen Angeboten ebenso wie ein attraktiv gestalteter Online-Veranstaltungskalender, der die Wahrnehmung von kleinen wie großen Highlights gleichermaßen gewährleistet.
- Kinder und Jugendliche gehören wie SeniorInnen nicht nur zu den Rezipierenden von Kultur sondern sind wesentliche GestalterInnen von Nachwuchs- und Alltagskultur. Insbesondere

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

ehrenamtliches Engagement – wie Chorgesang, Malwerkstätten, Theaterspiel etc. verdienen unsere Aufmerksamkeit und punktuelle Förderung.

- Wir unterstützen die Initiativen des Bergzoos Halle (Saale) zur weiteren Modernisierung und Steigerung der Attraktivität des Zoos. Wir drängen dabei auf die Berücksichtigung artgerechter Tierhaltung und den Bau moderner Gehege.
- Eine artgerechte Haltung von Wildtieren im Zirkus ist nicht möglich. Bis auf Bundesebene ein solches Haltungsverbot beschlossen wird, wollen wir auf kommunaler Ebene alle Möglichkeiten nutzen, um bessere Bedingungen für Zirkustiere zu erreichen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf darauf hinzuwirken, dass das Zurschaustellung von Wildtieren in Zirkussen in Halle (Saale) nicht möglich ist.

Soziale Stadt und Gesundheit

Der soziale Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft und die Unterstützung von BürgerInnen in persönlichen finanziellen und/oder gesundheitlichen Notlagen bleibt für uns ein wichtiges Ziel städtischer Politik. Die Herangehensweise der Stadtverwaltung, Pflichtaufgaben zwar nicht aufzugeben, aber innerhalb des vorhandenen Ermessensspielraums immer weiter abzuschmelzen, lehnen wir ab. Wir denken, dass dies Kosten für die Stadt damit nur auf die Zukunft verlagert werden und damit erst recht nicht zur Unterstützung und Verbesserung der Lebensqualität beigetragen wird. Auch laut dem Schuldneratlas 2013 ist Halle(Saale) eine der Städte mit der höchsten privaten Überschuldungsquote. Auch der Gesundheitsstatus der Gesamtbevölkerung in unserer Stadt gibt Anlass zur Sorge. Vor diesen Zahlen angesichts städtischer Haushaltskonsolidierungsbemühungen die Augen zu verschließen, halten wir für kontraproduktiv.

Unterstützung in persönlichen Notlagen

- Zur Förderung und Weiterentwicklung von Trägerprojekten im Sozialbereich wollen wir daher Verlässlichkeit für deren Planungen schaffen und dazu mindestens die aktuellen Fördervolumen beibehalten. Dies beinhaltet nicht nur finanzielle Zuschüsse sondern auch die Anerkennung der Arbeit der Träger und der an vielen Stellen eingesetzten ehrenamtlich Engagierten. Als Querschnittsakteur soll die Freiwilligenagentur zur weiteren Förderung und Entwicklung von ehrenamtlichem Engagement unterstützt werden.
- Das Leistungsangebot soll jedoch auch regelmäßig bezüglich der qualitativen Erreichung der Förderziele überprüft werden. In den jährlichen Kürzungsdebatten mit der Stadtverwaltung kommt dieser Aspekt stets zu kurz.
- Angesichts der großen Zahl der persönlichen Überschuldungen wollen wir, dass mindestens der bisherige Umfang der Schuldnerberatungsangeboten beibehalten und zusätzlich geprüft wird, inwiefern die Kapazitäten der Schuldnerberatungsstellen, möglichst auch mit stadtteilnahen Angeboten, aufgestockt werden können.
- Die Hilfsangebote für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte BürgerInnen in unserer Stadt sind gesetzliche Aufgabe und dürfen nicht weiter abgebaut werden.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Der Halle-Pass soll möglichst vielen BürgerInnen mit engem finanziellem Spielraum die Teilhabe am städtischen Angebot der Freizeitgestaltung erleichtern. Wir wollen an diesem Instrument festhalten. Dafür muss der Halle-Pass und die verbundenen Eintritts- und Gebührenermäßigungen aber auch bekannt, attraktiv, vielseitig einsetzbar und möglichst unbürokratisch zu erlangen sein. Der Halle-Pass soll weiterhin in allen städtischen Einrichtungen mit dem jetzigen Ermäßigungsumfang akzeptiert werden.
- Eine Ausweitung der Leistungen des Halle-Passes auf den ÖPNV (etwa entsprechend des Leipziger Sozialtickets), auf Angebote der Privatwirtschaft und von Vereinen sowie auf bislang nicht anspruchsberechtigte Personen mit geringem Einkommen sollte geprüft und angestrebt werden. Der Halle-Pass muss beibehalten werden. Die Angebote des Halle-Passes sollen BürgerInnen im Leistungsbezug ermöglichen, am vielfältigen gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Halle (Saale) teilzunehmen. Ein Zurückfahren oder die „Geheimhaltung“ des Angebots lehnen wir ab.

Wohnen

- Die aktuell steigenden Immobilienpreise sind auch in Halle(Saale) wirksam, an vielen Stellen kommt es schon zu steigenden Mietkosten, womit sich Unterschiede zwischen Stadtvierteln verschärfen. Wir wollen ein weiteres Auseinanderdriften vermeiden, auch um einer räumlichen sozialen Segregation (Trennung der Bevölkerung nach ihren Einkommensverhältnissen) vorzubeugen. Energetische Sanierungen können für MieterInnen kostenneutral umgesetzt werden, wenn Mietnebenkosten sinken.
- Miethöhen müssen politisches Thema in der städtischen Diskussion werden. Wir wollen, dass die städtischen Wohnungsgesellschaften vorrangig kostengünstigen Wohnraum anbieten.
- Wir wollen die Mitbestimmung des Stadtrats bei den Richtlinien zu den Kosten der Unterkunft, um die Auswirkungen – etwa ob und wo tatsächlich Wohnungen entsprechend der Richtlinie angemietet werden können - stärker in den Blick zu nehmen. Dazu soll eine regelmäßige Berichterstattung im Stadtrat erfolgen.
- Zur Begrenzung des Anstiegs von Mietpreisen wollen wir, dass die Stadt weiterhin regelmäßig qualifizierte Mietspiegel vorlegt.
- Mittels kommunaler Bauleitplanung und der kommunalen Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare Wohnmöglichkeiten für SeniorInnen und Familien sowie intergenerationelle und gemeinschaftliche Wohnprojekte erhalten und neu geschaffen werden. Dabei ist insbesondere darauf zu drängen, dass alle verfügbaren Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau abgerufen werden.
- Wir wollen den Erhalt der Angebotsvielfalt an bezahlbarem studentischem Wohnen im Blickfeld behalten. Diese ist einer der größten halleschen Standortvorteile im bundesweiten Werben um Studierende.
- Einem schlechten Image von Stadtteilen muss entgegengewirkt werden, indem Maßnahmen gezielt für Stadtteile entwickelt und umgesetzt werden. Die Betrachtung von Sozialräumen sollte daher im Stadtentwicklungskonzept beibehalten werden, um alle Verantwortlichen im jeweiligen Sozialraum an einen Tisch zu holen. Die Ergebnisse von Quartiersrunden und Sozialraumgruppen müssen evaluiert werden. Die Einführung von Sozialraumbudgets sollte geprüft werden.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Wir wollen die unkomplizierte Umsetzung von Instrumenten wie „Instandwohnen“ und bevorzugte Kaufangebote an Mietergemeinschaften.
- In der kommunalen Sicherheitspolitik brauchen wir in Halle (Saale) weniger Placebos wie Überwachungskameras sondern mehr ordnungspolitische Präsenz auf den Straßen. Dabei ist auch das Land in der Verantwortung. Auch eine ausreichende Beleuchtung von Gehwegen fördert das subjektive Sicherheitsgefühl und vermeidet Straßenkriminalität.

Gesundheit

- Gesundheitliches Wohlbefinden ist ein grundsätzliches Bedürfnis der Menschen. Die Kommune hat dabei jedoch nur bedingte Handlungskompetenz.
- Die Organisation regionaler Gesundheitskonferenzen zur besseren Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung, Pflegediensten, Heilberufen und Verantwortungsträgern vor Ort sind ein notwendiges Prozess.
- Zur bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung sollte sich die Stadt für die Steigerung der Niederlassungen (Kassensitze) bei ambulanter Unterversorgung mit Fachärzten & Therapeuten wie bspw. im Psychotherapie- und Psychiatriebereich einsetzen um Gesundheitsbereiche um besonders langen Wartezeiten in Halle (Saale) zu verringern.
- Auch eine kommunale Patientenvertretung ist unser Ziel, z. B. als unabhängige PatientInnenberatungsstelle.
- Die Unterstützung kommunaler Projekte für Selbsthilfe und Angehörigenarbeit – insbesondere im Bereich der chronischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen - muss weiterhin sichergestellt werden. Die Verantwortung dafür hat die Stadtverwaltung und kann sie nicht auf die Krankenkassen abschieben.
- Zur Förderung der Kindergesundheit braucht es die Verzahnung von Bildungseinrichtungen mit Institutionen der Jugendhilfe und Sportvereinen.
- Für ein nachhaltiges Gesundheitsmanagement in der Stadtverwaltung (insbesondere der Reduktion des Krankenstandes) sind Burn-Out-Prophylaxe und aktivierende Aufgaben- und Pausengestaltung eine erstrebenswerte Initiative.
- Zur Vermeidung von Substanzabhängigkeiten sollten insbesondere Kinder und Jugendliche präventiv erreicht werden. Dazu ist die Erhaltung der Drogenberatungsstelle DROBS notwendig.
- Drogenkonsum und Sucht sind ein Phänomen dem mit aufsuchender Straßensozialarbeit begegnet werden kann. Wir wollen Erfahrungen anderer Städte (etwa von Leipzig) nutzen, um z. B. Problemkonstellationen durch Trinkerstandorte zu begegnen und Kontakt zu diesen Personengruppen herzustellen. Grundsätzlich halten wir die persönliche Ansprache durch SozialarbeiterInnen und Polizei gegenüber Verboten und Verdrängen für vorzugswürdig und wirksamer. Außerdem können niedrigschwellige Angebote für Alkoholranke geschaffen (Trinkerhalle) werden, um individuelle Problemlagen nicht noch zu verschärfen. Zur Koordination der kommunalen Strategie fordern wir die Wiedereinrichtung der Stelle einer/s Drogenbeauftragte/n.

Gleichstellung, Weltoffenheit und Vielfalt

Wir alle tragen die Verantwortung dafür, dass die Stadt Halle (Saale) für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz steht und Diskriminierung und Ausgrenzung von MitbürgerInnen in unserer Stadt keine Chance haben. Wir haben uns im Stadtrat offensiv gegen Rassismus und rechtsextreme Tendenzen eingesetzt und werden dies auch zukünftig tun. Die städtischen Beauftragten müssen daher eine starke Stellung in der Stadtverwaltung haben.

Insbesondere die Gleichstellung von Frau und Mann ist erklärtes Ziel von grüner Politik. Wir wollen die Anerkennung aller Geschlechtsidentitäten und Lebensstile. Dazu sind weitere Schritte mit städtischem Instrumentarium nötig. Die Stadt muss ihre Möglichkeiten nutzen, um vor Ort einen Ausgleich hin zu mehr Gerechtigkeit herzustellen.

Eine Großstadt ist immer auch Schmelztiegel in der Menschen aus ganz Deutschland, aus anderen Ländern zusammenkommen. Ziel einer jeden Kommune muss es sein eine Willkommenskultur zu praktizieren, ein gutes Zusammenleben zu ermöglichen und mögliche Konflikte auszugleichen.

Hinter der Forderung nach „Diversity“ verbirgt sich, dass alle Entscheidungen und die aus ihnen folgenden Konsequenzen mit dem Ziel einer vielfältigen, geschlechtergerechten und inklusiven Stadt getroffen werden müssen. Es soll also möglichst niemand aufgrund ihrer bzw. seiner individuellen Merkmale diskriminiert werden. Wir wollen, dass diese Querschnittsaufgabe zukünftig bei allen städtischen Entscheidungen und Vorhaben verstärkt Berücksichtigung findet um erreichte Erfolge zu stabilisieren und weitere Fortschritte zu machen.

BürgerInnen mit Behinderungen dürfen nicht gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Dabei muss beachtet werden, dass die eindimensionale Betrachtung von Diskriminierungen (aufgrund von Geschlecht, Behinderung, Hautfarbe, Herkunft oder sexueller Orientierung) den Problemen oft nicht gerecht wird und es Überschneidungen gibt, z. B. bei Frauen mit Behinderung. Diese Erkenntnis kann für uns nur dazu führen, dass absolute und schematische Lösungsansätze nicht zielführend sind und Gleichstellungsbemühungen – auch in der öffentlichen Diskussion - nicht auf solche reduziert werden sollten.

Barrierefreiheit

- Menschen mit Behinderungen müssen gleichwertige Zugangsmöglichkeiten zu Orten und Angeboten in der Stadt vorfinden. Insbesondere bei städtischen Bauvorhaben wie auch in allen öffentlichen Einrichtungen und bei Leistungen der Stadt muss Barrierefreiheit daher mitgedacht und aktiv umgesetzt werden. Dies beginnt für uns damit, dass Veranstaltungen im öffentlichen Raum auch bei eingeschränkter Mobilität besucht werden können und geht bis hin zur Entwicklung eines Blindenleitsystems zunächst in der Innenstadt. Zur Barrierefreiheit gehört für uns auch das Bewusstsein für andere Sinnes- und geistige Behinderungen. Dem Behindertenbeauftragten muss eine Beratung zu Entscheidungen der Stadtverwaltung ermöglicht werden. Die erkennbaren Fortschritte vergangener Jahre reichen uns nicht aus.
- Die Kooperation mit Betroffenenverbänden sollte selbstverständlich sein und als ein wichtiger Bestandteil der Beteiligung von BürgerInnen an Entscheidungen und Planungsprozessen betrachtet werden. Geprüft werden sollte, ob ein Beirat für Menschen mit Behinderung eine angemessene Form der Beteiligung darstellt.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Geprüft werden sollte außerdem, inwieweit wichtige städtische Mitteilungen auch in leichter Sprache verstärkt zugänglich gemacht werden können, womit Kinder, geistig Behinderte und MigratInnen, die im Deutschen noch nicht sicher sind, in die aktive Stadtgesellschaft eingebunden werden können.
- Die Stadt sollte sich darüber hinaus als Vorbild in ihrer Rolle als Arbeitgeberin für Menschen mit Behinderung begreifen und Einstellungen verstärkt verfolgen.
- Flexible Hilfsangebote und umfassende Informationen sind notwendig, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Insbesondere sollte eine qualitative Beratung, Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des persönlichen Budgets und von Eingliederungshilfen erfolgen.
- In der Stadtverwaltung müssen mit der demographischen Veränderung der Personalstruktur mehr altersgerechte Arbeitsplätze bereitgestellt werden.

Migrantinnen und Migranten

- Zu einer aktiven Willkommenskultur in der Stadt gehört für uns das Reden mit statt über MigrantInnen. Die Migrationsmilieus sind ebenso vielfältig wie die einheimischen Milieus. Vom zugezogenen Wissenschaftler mit seiner Familie bis zum Asylbewerber wollen wir alle menschenwürdig und gerecht behandeln.
- Wir brauchen ein besseres Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen. Sofern gewünscht, müssen Flüchtlinge dabei auch dezentrale Unterkünfte z. B. zur Erleichterung von Kontakten mit der Nachbarschaft angeboten werden.
- Die Stadt muss dafür Sorge tragen, dass auch für Flüchtlinge Sprachkurse angeboten werden und weitere Instrumente zur Verbesserung von Integrationschancen wie Arbeitsgelegenheiten und Teilhabemöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.
- Zur besseren Willkommenskultur gehört außerdem eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung, interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten und Förderung von Fremdsprachenkompetenz in der Stadtverwaltung. Zur Vorbildwirkung der Stadtverwaltung gehört auch eine Erhöhung des MigrantInnenanteils unter städtischen Beschäftigten und mehrsprachige Angebote (z. B. bei städtischen Veröffentlichungen). Ein Indikatorensystem zur Evaluierung und zielgenauen Ausrichtung der städtischen Integrationsbemühungen soll eingeführt und umgesetzt werden. Eine Unterstützung und stärkere Einbeziehung des Ausländerbeirats in städtischen Entscheidungsprozessen ist notwendig.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer ein.

Gegen Rechts

- Der Lokale Aktionsplan gegen Rechtsextremismus muss weiterentwickelt und lokal verankert fortgeführt werden. Wir unterstützen die lokalen Initiativen und das Bündnis gegen Rechts und fordern eine finanzielle Förderung dieser Gruppen. Es braucht weiterhin entschiedene städtische Signale gegen rechtsextreme Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen und Orten. Halle (Saale) ist dank des breiten zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

in „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“ kein einfaches Pflaster mehr für Rechtsextreme. Darin werden wir uns weiter engagieren.

- Das Projekt „Schule ohne Rassismus“ soll fortgeführt werden.

Gleichberechtigung

- Der Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur europäischen Charta zu Gleichstellung von Mann und Frau erfolgte auf grüne Initiative und muss mit einem Gleichstellungsaktionsplan weiter mit Leben und Engagement gefüllt werden.
- Die zu Gleichstellungsfragen arbeitenden Träger und Initiativen brauchen eine verlässliche finanzielle Förderung.
- Das von uns angeregte und mit Leben erfüllte Fachforum zur Gleichstellungspolitik der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den Fraktionen Ende 2011 muss wiederholt werden um weiter auf kommunaler Ebene den Blick zu schärfen für gelebte Chancengleichheit, insbesondere von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen.
- Wir brauchen eine geschlechtsspezifische Datenerfassung in der Stadtverwaltung, insbesondere von NutzerInnen der Leistungen der Stadt. Dies ist Voraussetzung zur Umsetzung der gesetzlich eingeforderten Pflicht zum Gender Budgeting. Dabei wird der Haushalt auf seine Wirkungen für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und Aufzeigen notwendiger Maßnahmen zur Beseitigung von Geschlechterungerechtigkeiten überprüft.
- Die Stadtverwaltung soll sich in ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an einer Sprach-, Symbol- und Bildauswahl ohne Geschlechterstereotype orientieren. Dies beinhaltet kein Verbot zur Verwendung von Begrifflichkeiten, sondern eine Empfehlung an die Stadtverwaltung zum sensiblen Umgang mit geschlechtsstereotypen Darstellungen in der Öffentlichkeit, die zur Vertiefung bestehender Vorurteile beitragen. Als Ziel für moderne öffentliche Verwaltungen ist dies bundesweit anerkannt und akzeptiert.
- Auch in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist eine Sensibilisierung zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen notwendig.
- Zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählt für uns auch eine bessere Vorbildwirkung der Stadtverwaltung und städtischen Unternehmen.
- Wir fordern Personalentwicklungskonzepte zur Erhöhung des Führungskräfteanteils von Frauen in den städtischen Unternehmen und Stadtverwaltung sowie eine Frauenquote in städtischen Aufsichtsgremien (jew. Quote von 40 % bis 2019)
- Wir brauchen mehr Gender- und Anti-Homophobie-Sensibilität bei den Führungskräften in der Stadtverwaltung.
- Als erste konkrete Schritte auf dem Weg zur allgemeinen Berücksichtigung von Diversity-Aspekten im städtischen Handeln werden wir einfordern, dass städtische Analysen und Berichterstattungen, beispielsweise die Sozialberichterstattung, künftig Diversity-Aspekte mit berücksichtigen.
- Bürgerschaftliches Anti-Diskriminierungs-Engagement soll unterstützt werden und eine Antidiskriminierungsstelle bzw. Beschwerdestelle für das Allgemeine-Gleichbehandlungs-Gesetz in der Stadtverwaltung soll eingerichtet werden.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Der bundesweite „Girls and Boys Day“ (Zukunftstag) muss weiterentwickelt werden um allen Kindern und Jugendlichen eine geschlechtsstereotypunabhängige Berufswahl zu ermöglichen. Dazu gehören die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, Evaluierung der Inanspruchnahme und mehr Angebote durch die Stadtverwaltung.
- Die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen sollen beispielhaft einen geschlechtersensiblen Umgang zur Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigung für Mütter und Väter, Eltern-Kind-Kuren, Krankenstandsgewährung mit erkranktem Kind, Elternzeitnutzung etc. pflegen.
- Die Teilhabe von Frauen an kommunalen Entscheidungsprozessen wollen wir fördern. Dazu gehört für uns auch ein Modell zur flexiblen Kinderbetreuung während der Arbeit von Stadtrat, Ausschüssen und der hieraus resultierenden Veranstaltungen. Die Ansprache an Frauen und Mütter in Beteiligungsverfahren für BürgerInnen sollte verstärkt werden.
- Die Unterstützung des Frauenschutzhauses und des Frauenflüchtlingshauses sind nach wie vor unersetzbar.

Lesben, Schwule, Transgender

- Die Beratungsangebote für Lesben, Schwule, Transgender sollen in ihrer Arbeit anerkannt werden. Ihre Unterstützung durch die Stadt muss fortgesetzt werden und darf nicht mit jeder Haushaltsberatung - und damit auch in ihrer Arbeit - in Frage gestellt werden.
- Die Signalwirkung der städtischen Unterstützung des Christopher-Street-Days (CSD) begrüßen wir ausdrücklich und fordern eine verstärkte Präsenz und Unterstützung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft am ehrenamtlich organisierten CSD in Halle (Saale).

Kinder, Jugendliche und Familien

Viele Familien können in Halle (Saale) gut leben. Mit einer bundesweit überdurchschnittlich guten Kita-Versorgung und einer wieder ansteigenden Geburtenrate in der Innenstadt, können wir uns durchaus als familienfreundliche Stadt nach außen darstellen und sollten mit dieser Attraktivität auch werben.

Jedoch dürfen wir die Augen auch nicht vor den Problemen vieler Familien verschließen – das Einkommen liegt noch immer deutlich unter bundesdeutschem Schnitt und ein Drittel der Kinder in der Stadt lebt in Armut. Skandalös ist, dass viele Kinder und Jugendliche von Armut betroffen sind. In der Kommunalpolitik können die damit verbundenen Probleme nicht allein gelöst werden. Das Ziel grüner Politik ist es bislang, vor allem über Bildungs- und Chancengerechtigkeit dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten.

Die Aufgaben der Jugendhilfe sind den Kommunen übertragen, sodass zumindest an dieser Stelle ein Beitrag geleistet werden kann. Unserer Meinung nach sollte dabei beachtet werden, dass vor allem auch die präventive Jugendhilfe dazu beitragen kann, mittels frühzeitiger Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit der Verstetigung von Problemlagen vorzubeugen und damit auch zukünftig Folgekosten für die Gesellschaft zu sparen. Bei städtischen Entscheidungen müssen daher unseres Erachtens die

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

Verbesserung der Lebensbedingungen und vor allem der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen für die Zukunft die erste Priorität sein.

Unkomplizierte Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern insbesondere aus sozial benachteiligten Familien sowie ein stadtweit wirksames Konzept für Kinderschutz und frühe Förderung sowie professionelle Familienbildungsangebote wollen wir vorhalten, erhalten und finanzieren.

Kinder- und familienfreundliche Stadt

- Die erfolgreiche Initiative der Grünen Fraktion zur Bestellung einer/s Kinder- und Jugendbeauftragten in der Stadtverwaltung hat dazu geführt, dass Kinderfreundlichkeit und insbesondere die Belange und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Stadtgestaltung wieder eine prominente Bedeutung erlangen konnten. Unseres Erachtens zeigt der aktuelle Amtsinhaber, was mit einem entsprechenden Amtsverständnis für eine kinderfreundliche Stadt möglich ist.
- Auch bei den Spielflächen im Stadtgebiet ist die Stadtverwaltung auf einem guten Weg. Mit der Vorlage der von uns beantragten Spielflächenkonzeption hat die Stadtverwaltung eine umfassende Analyse des Bestandes an Spiel- und Bolzplätzen vorgelegt, die nun auch in den Haushaltsberatungen zur Ermittlung von Unterhaltungs- und Investitionsbedarf zugrunde gelegt werden kann. Insbesondere teilen wir auch die Einschätzung, dass Spielflächen nicht immer voll ausgestattete Spielplätze sein müssen sondern auch naturnah gestaltete Aufenthaltsbereiche sein können. Die Erreichbarkeit von Toilettenanlagen an Spielplätzen sollte zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei der Planung und Verbesserung von Spielflächen mitbedacht werden.
- Trotz unserer erfolgreichen Initiativen zur Steigerung des Budgets reicht der finanzielle Spielraum leider noch nicht zur kontinuierlichen Erhaltung und stadtweiten Versorgung mit Spielflächen. Notwendige Investitionen werden immer noch in die Zukunft verschoben und Spielflächen für unbekannte Dauer geschlossen. Hier wollen wir gerne Prioritäten setzen.
- Ein besonderes Anliegen sind uns auch die im Stadtgebiet noch nicht ausreichend vorhandenen Bolzplätze. In der letzten Wahlperiode haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bolzplatz am Landesmuseum für Vorgeschichte nicht in einen Parkplatz umgewandelt wird. Ebenfalls erfolgreich setzten wir uns für eine Bestandsaufnahme und etliche Sanierungen anderer Bolzflächen ein. Es fehlt aber aus unserer Sicht insbesondere in der Innenstadt, zum Beispiel im Paulusviertel und in Glaucha, immer noch an Spiel- und Bolzflächen. Bei der Planung von Standorten müssen auch kindgerechte Verkehrsbedingungen berücksichtigt werden.
- Das Modell der SpielplatzpatInnen ist ein gutes und sinnvolles Beispiel für die Verknüpfung von städtischen Aufgaben und Bürgerengagement.
- Die Kinder- und Familienfreundlichkeitsprüfung bei städtischen Planungen muss zu einem wirkungsvollen und aussagekräftigen Instrument entwickelt werden und darf nicht nur als pflichtgemäß abzuarbeitende Checkliste in städtischen Vorlagen angesehen werden.
- Eltern sollten in der Stadt eine familienfreundliche Infrastruktur vorfinden. Hierzu gehören unter anderem Still- und Wickelmöglichkeiten in öffentlichen Gebäuden sowie die problemlose Mitnahme von Kinderwagen.

Förderung für Kinder und Jugendliche

- Wir brauchen ein Budget zur Förderung für innovative Projekte der freien Jugendhilfe, z. B. zur Gendersensibilität, Gesundheitserziehung oder kultureller, künstlerischer und sportlicher Freizeitgestaltung. Auch politische Bildung und Partizipation, wie z. B. im Kinder- und Jugendrat, brauchen Unterstützung.
- Die Maßnahmenempfehlungen des städtischen Kinderarmutsberichts wurden bislang leider nicht zielgerichtet umgesetzt und evaluiert. Wir fordern eine Umsetzung, ein Monitoring und eine regelmäßige Fortschreibung des Berichts, gegebenenfalls auch unter Einbeziehung externen Sachverständs.
- Das Bildungspaket des Bundes „Bildung und Teilhabe“ ist für die Stadt Halle (Saale) eine wichtige Unterstützung bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die Stadt leistet vorbildliche Arbeit bei der Bewältigung der im Bundesprogramm schon angelegten bürokratischen und inhaltlichen Probleme. Zur weiteren Verbesserung der Wirksamkeit der Mittel müssen die Umsetzungsprobleme weiterhin stetig an Land und Bund zurückgemeldet, in städtischen Gremien berichtet und evaluiert und dabei insbesondere die Inanspruchnahme von „Bildung und Teilhabe“ für Freizeitangebote verbessert werden. Dies kann durch eine stärkere Berücksichtigung bei der Gebührengestaltung von städtischen Angeboten wie etwa am Konservatorium, der besseren Vereinbarkeit mit den Angeboten des Halle-Passes und über Anreize für Vereine etwa bei städtischer Förderung erreicht werden.
- Dem Wegfall der Zuschussung von Mittagessen im Hort über Bundesprogramm „Bildung und Teilhabe“ ab 2014 muss die Stadt durch die Darlegung der Folgen offensiv entgegenzutreten und Kompensationsmöglichkeiten mit den Trägern ausloten.
- Schulsozialarbeit hat sich in der Vergangenheit als ein Schlüsselinstrument zur individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen herausgestellt. Für die fehlende Finanzierung, die bislang über „Bildung und Teilhabe“ und den Europäischen Sozialfonds erfolgte, muss ab 2014/2015 (auch durch entsprechende Initiativen bei Land und Bund) eine dauerhafte Lösung gefunden werden.
- Differenzierte, offene Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen als nichtkommerzielle Orte kindlicher und jugendlicher Kreativität, Fantasie, Selbstwirksamkeit und -erfahrung sollten aus unserer Sicht erhalten bzw. wiedereingerichtet und an die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen angepasst werden. Selbstbestimmung und Eigeninitiative zu fördern, muss nicht immer teuer sein.

Unterstützung für Familien

- Die Aufgaben der Jugendhilfe wurden in der Vergangenheit aufgrund des erheblichen Anteils am Gesamthaushalt nicht angemessen finanziert. Einem begrenztem Budget und einer unzureichende Personalausstattung stehen steigende Fallzahlen gegenüber. Hieraus resultiert jedoch oftmals keine Mittelersparnis, soweit die Zeiträume etwa für die Begleitung von Familien immer kürzer werden. Die ausreichende Ausstattung der Jugendhilfe mit Personal und Finanzmitteln zur Erfüllung der Aufgaben sollte daher selbstverständlich sein.
- Die professionell orientierte und gewachsene Landschaft von Familienbildungsangeboten wollen wir erhalten und verlässlich finanzieren, denn nur dort, wo Eltern Angebote zur Erziehung und

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

dem gesunden Aufwachsen von Kindern finden, können sie auch dazulernen. Alle Eltern haben ein Recht darauf, bei Problemen unterstützt zu werden. Dazu braucht die Stadt den Erhalt von Erziehungsberatungsstellen, die auch präventiv und zugehend arbeiten können und müssen, zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten. Der Bedarf ist hoch, hier steht die Stadt in der Verantwortung.

- Das Präventionssystem der Frühen Hilfen zur Unterstützung von Eltern während Schwangerschaft, Geburt und der Kindesentwicklung in den ersten Lebensjahren soll weiterentwickelt werden, Informationsangebote ausgebaut und spezifisch wirksame Formate wie ein geschulter „Begrüßungsservice“ für junge Eltern etabliert werden, um sie nicht mit ihren neuen Aufgaben allein zu lassen.

Seniorinnen und Senioren

- Die Stadtbevölkerung wird weiter altern, städtische Politik muss sich auf diese Herausforderung einstellen. Die Generationenfrage wird wichtiger und ist nur durch moderierten Interessenausgleich zu bewältigen.
- Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss angesichts einer stetig alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund treten. Dies betrifft zum einen eine angemessene Berücksichtigung beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept, zum anderen aber auch die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die Beförderung von Mehrgenerationenprojekten in der Stadt.
- Positiv hervorzuheben ist dabei die Arbeit der vielen freien Träger und Projekte wie der Freiwilligenagentur, die eine aktive ehrenamtliche Arbeit für SeniorInnen in der Stadt ermöglichen und die den Dialog zwischen den Generationen mit unterschiedlichsten Ideen befördern.
- Wir unterstützen die Arbeit der Seniorenbeauftragten und des Seniorenrats als örtliche Interessenvertretungen einer erheblichen Gruppe von BürgerInnen.
- Begegnungsstätten mit qualitativ hochwertigen Angeboten unter der Beteiligung der SeniorInnen in den Stadtteilen halten wir für wichtig und erhaltenswert.
- Die Qualität von Kurzzeit- und stationärer Pflege, sowie von Seniorenwohnheimen sollte auch in den städtischen Gremien thematisiert werden.

Sport

Sportliche Betätigung ist nicht nur Freizeitbeschäftigung sondern auch Gesundheitsförderung und soziale Arbeit. Sportpolitik darf sich deshalb nicht vorrangig auf die Förderung des leistungsorientierten Sports konzentrieren. Sport bedeutet Lebensqualität, soziale Begegnung, soziale Integration und sinnvolle Prävention (von z. B. Gewalt). Die Potenziale des Sports werden im kommunalen Handeln bisher zu wenig genutzt.

Förderung des Breitensports

- Unsere Priorität bei der kommunalen Sportförderung ist der Breitensport. Bund, Land und Kommune haben unterschiedliche Verantwortlichkeiten. Wir wollen eine andere Prioritätensetzung im Sport, das bedeutet keine weiteren öffentlichen Investitionen in neue Großprojekte, sondern dezentrale Anlagen für den Breitensport.
- Insbesondere bei der Eissporthalle bestehen wir auf eine umfangreiche Nachwuchsnutzung und eine garantierte Breitensportnutzung. Für eine gute Erreichbarkeit sollte diese wieder zentral erreicht werden.
- Das Sportprogramm ist ein wichtiges Instrument zur Steuerung städtischer Entscheidungen bei der Sportförderung. Es sollte den Breitensport als vorrangiges Förderziel formulieren, den Entscheidungen auch tatsächlich zugrunde gelegt, stets aktualisiert und evaluiert werden, um Fehlentwicklungen und kostspieligen Einzelentscheidungen entgegenzuwirken. In der vergangenen Wahlperiode haben wir die Entwicklung des Sportprogramms stets konstruktiv begleitet.
- Die städtischen Bäder wurden zur Bewirtschaftung an die Stadtwerke übertragen. Da es noch keine Lösung für den Sanierungsbedarf im Stadtbad gibt, stehen wir auf der Seite der engagierten Gruppe von BürgerInnen für den Erhalt des Stadtbades und für die öffentliche Nutzung.
- Die Anerkennung von ehrenamtlicher Vereinsarbeit im Breitensport muss aufgewertet werden. Wichtig ist uns auch die Anerkennung der ehrenamtliche Initiative und die Unterstützung des Baus einer Speedskateanlage.
- Die Sportstättennutzung und Vergabe städtischer Sporteinrichtungen insbesondere für den Breitensport wollen wir optimieren durch ein nutzerinnenfreundliches zukünftiges Immobilienmanagement Sport. Ziel ist dabei die Verbesserung der Zugänglichkeit und zielgruppengerechte Trainingszeiten.
- Eine verlässliche kommunale Sportförderung für Vereine, auch für kleine und alternative Vereine und die Berücksichtigung von Angeboten für Kinder und Jugendliche geben für unsere Sportpolitik bei der Sportförderung den Rahmen vor. Dabei achten wir in diesem Bereich auf eine gerechteren Verteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die Geschlechter, also auf ein Gender Budgeting!
- Auch der Breitensport im Stadtraum sollte sich an den Bedürfnissen von SkaterInnen, MountainbikerInnen, JoggerInnen, FahrradfahrerInnen orientieren, wenn dem keine grundsätzlichen Bedenken und absehbare Konflikte entgegenstehen.
- Wir wollen die regelmäßige städtische Thematisierung von Gewalt, Rassismus und Homophobie im Sport, denn entsprechendes Verhalten und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind nicht akzeptabel. Das Fan-Projekt der Stadt ist hier ein gutes Signal.
- In der Sportförderung sollen inklusive sowie integrative kulturelle und sportliche Angebote zur aktiven Freizeitgestaltung aller BürgerInnen beitragen.
- Wir wollen, dass der Mitteldeutsche Marathon – als mitteldeutsches Sportereignis – in Kooperation mit den OrganisatorInnen wieder nach Leipzig führt.

Sportangebote für Kinder und Jugendliche

- Wir halten die Unterstützung von Sportangeboten für Kinder und Jugendliche für eine vorrangige Aufgabe der Sportförderung der Stadt Halle (Saale). In der letzten Wahlperiode haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass aufgrund von Förderrichtlinien und Sportprogramm Stadtverwaltung und Sportausschuss Kinder- und Jugendsport vorrangig berücksichtigen müssen. Auch hierbei müssen Mädchen und Jungen gleichwertig berücksichtigt werden und bei der Wahl einer Sportart vorrangig nach Motivation und Talentunterstützt werden.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Forderung nach mehr Bewegung in Kindergarten, Hort und Schule. Hierzu gehört insbesondere die verstärkte Berücksichtigung von Instandhaltungsmaßnahmen an städtischen Sport- und Spielanlagen im Haushalt. Private Initiativen von zum Beispiel Eltern oder Fördervereinen zur Aufwertung von Außenanlagen sollen nach Möglichkeit unterstützt werden.

Haushalts- und Wirtschaftspolitik

Halle (Saale) befindet sich immer noch in einer sehr prekären Haushaltssituation. Altschulden schränken die Handlungsspielräume der Stadt drastisch ein. Die wenigen Spielräume werden nicht immer klug genutzt und die Haushaltsprobleme durch eine Reihe von Fehlentscheidungen auf städtischer Seite verschärft. So wurden z. B. am Industriegebiet an der A 14, dem sog. „Star-Park“ entgegen den grünen Warnungen ca. 50 Mio. € städtische Mittel eingesetzt, die sich durch die bisher erfolgten Ansiedlungen in keiner Weise rechtfertigen lassen.

Der Haushalt der Stadt ist außerdem strukturell unterfinanziert. In jedem Jahreshaushalt fehlen zweistellige Millionenbeträge. Verantwortlich hierfür sind fehlende Ausgleichszahlungen des Landes für neue kommunale Aufgaben, gestiegene Kosten für Sozialleistungen, zu niedrige Zuweisungen des Landes aus dem FAG sowie das niedrige Gewerbesteueraufkommen in Halle. Besonders bei der Gewerbesteuer verzeichnet Halle (Saale) sehr geringe Werte und eine ständige Erhöhung der Hebesätze wird nicht zu steigenden Einnahmen führen. Andererseits hat Halle (Saale) sehr hohe Ausgaben für Pflichtaufgaben im sozialen Bereich (u.a. Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen, Hilfen zur Erziehung, Kosten der Unterkunft). Viele notwendige Ausgaben können nicht finanziert werden und sind somit im Haushalt gar nicht mehr abgebildet, was die Notlage noch kaschiert. Hierzu gehören u.a. Investitionen in Schulen und Kita (einschließlich Brandschutzsicherung), in die Infrastruktur (z. B. Sanierung von Straßen und Brücken), in den städtischen Gebäudebestand – hier können nur Notreparaturen und nicht einmal laufende Instandsetzungsmaßnahmen finanziert werden. Und auch für Spielplätze und den städtischen Baumbestand steht zu wenig Geld zur Verfügung. Allein in den Schulen existiert ein Investitionsbedarf von 140 Mio. € – der schlechte Zustand vieler städtischer Gebäude spricht eine deutliche Sprache. Angesichts der drastischen Kürzungen und Einsparungen in der Stadt steht für uns fest, dass das Land der Stadt zu wenig Geld für die notwendige kommunale Gestaltungsfähigkeit zur Verfügung stellt. Hinzu kommt, dass das Land der Stadt Aufgaben übertragen und ausgeweitet, sie dafür jedoch nicht finanziell ausreichend ausgestattet hat. Zusätzlich erhielt die Stadt in den Jahren 2011 und 2012 keinerlei Städtebaufördermittel, weil kein genehmigter Haushalt vorhanden war. Die Situation ist so drastisch,

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

dass der Stadt inzwischen oft genug die Eigenmittel fehlen, um überhaupt noch Fördermittel an Anspruch nehmen zu können.

Eine drastische Verschärfung des Haushaltsproblems, zweistellige Millionenbeträge, droht durch die Übernahme des Betriebskostenzuschuss für die HAVAG, da dieser wahrscheinlich nicht mehr aus den Gewinnen der EVH gegenfinanziert werden kann.

Haushaltspolitik

- Wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt, um die volle Handlungsfähigkeit der Stadt zu erlangen. Die vielbeschworene „schwarze“ bzw. „gesetzliche Null“ ist aber kein Wert an sich, wenn dafür dringend notwendige Aufgaben verschoben und zukünftige Probleme und höhere Kosten in Kauf genommen werden müssen. Denn auch das Aufschieben von (Instandhaltungs-) Investitionen ist eine Hypothek auf die Zukunft, zulasten kommender Generationen.
- Wir brauchen die Überarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt, um die Sparmaßnahmen einvernehmlich zwischen Verwaltung und Rat verabreden zu können.
- Die Stadt braucht eine handlungsfähige öffentliche Verwaltung, die Erfahrung und Kreativität der MitarbeiterInnen nutzt. Gleichwohl ist eine regelmäßige Aufgabenkritik anhand von Vergleichszahlen und Qualitätszielen notwendig, um etwaige Personalüberhänge aber auch Defizite in der Personalausstattung und bei anderen Ausgaben zu identifizieren.
- Ausgaben der Stadt dürfen nur unter Beachtung einer Investitionsprioritätenliste getätigt werden. Diese wurde von uns beantragt und mehrheitlich im Rat beschlossen, bisher aber noch nie vorgelegt. Der Schwerpunkt muss auf Investitionen in die Zukunft liegen, daher sollen Investitionen in die Bildungsinfrastruktur vorrangig erfolgen. Letzteres wurde in Halle (Saale) wie in ganz Sachsen-Anhalt stark vernachlässigt.
- Das Land muss sein Entschuldungsprogramm für die Kommunen („STARK IV“) so gestalten, dass den Kommunen gleichzeitig noch genügend eigener Entscheidungsspielraum bleibt.
- Wir setzen uns für Investitionen in Maßnahmen zur Energieeinsparung und in effizientere Verwaltungsabläufe („E-Government“) ein, um dadurch mittelfristig eine Konsolidierung des Haushalts zu erreichen.
- Einen Verkauf von Anteilen städtischer Gesellschaften lehnen wir ab.
- Die Infrastruktur der Stadt kommt auch dem Umland zugute. Die Umlandgemeinden müssen sich an deren Finanzierung stärker beteiligen. Dafür muss auch auf Landesebene das sog. „Stadt-Umland-Problem“ – zum Beispiel beim Finanzausgleichsgesetz (FAG) und der Kulturfinanzierung – thematisiert werden. Es darf nicht dabei bleiben, dass die Stadt die Kosten trägt, die Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommensteuer aber im Umland eingestrichen werden.
- Die Stadt muss endlich eine Klage beim Landesverfassungsgericht einreichen, weil die finanzielle Ausstattung der Stadt durch das Land unzureichend ist. Ein entsprechender Antrag wurde durch die Grüne Fraktion in der laufenden Wahlperiode wiederholt eingebracht, eine Entscheidung von einer Mehrheit im Stadtrat aber bislang verhindert.
- Mittel, die der Bund zur Entlastung der Kommunen bereitstellt, müssen auch tatsächlich bei den Kommunen ankommen und nicht im Landshaushalt verbleiben.

Beschluss Stadtparteitag am 15.01.2014

- Bei Entscheidungen müssen die Folgekosten für die Stadt konsequent betrachtet und dargestellt werden. Dazu gehört auch, dass sog. Public-Private-Partnership_ bzw. Lebenszyklus-Projekte spätestens nach der substantiellen Kritik des Landesrechnungshofes nicht mehr durchgeführt werden, weil dies wesentlich teurer wurde, als zuvor dargestellt.
- Die Stadtverwaltung muss bei der Beantragung von Fördermitteln sorgfältiger arbeiten damit nicht wie bei STARK III für die Schul- und Kitasanierung Fördermittel entgehen. Die Stadt Halle(Saale) muss Förderprogramme offensiver nutzen, auch wenn dafür Kredite aufgenommen werden müssen.
- Wir Grüne wollen eine handlungsfähige öffentliche Verwaltung, die ihre Aufgabe aus eigener Kraft und Kompetenz erfüllen kann. Personaleinsparungen in der Verwaltung dürfen nur dann erfolgen, wenn Arbeitsprozesse tatsächlich optimiert werden können und dafür weniger Personal benötigt wird. Personalwirtschaftliche Maßnahmen sind für uns nur akzeptabel, wenn sie auf Basis aktueller und umsetzungsfähiger Fachkonzepte (Aufgabendefinition und personeller Untersetzung) sozialverträglich erfolgen.
- Die Stadt muss zur Kostenoptimierung endlich ein Konzept für die Nutzung ihre Immobilien und den Fuhrpark vorlegen. Die derzeit bestehenden über 30 Verwaltungsstandorte müssen deutlich reduziert werden. Beim Fuhrpark sind eine enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken sowie eine Nutzung von Car-Sharing-Angeboten zu initiieren. Dienstfahräder und E-Bikes sollen den Fuhrpark weiter ergänzen und Kosten für Dienstfahrten senken.
- Der Stadtrat muss mehr Verantwortung für die strategische Steuerung der städtischen Unternehmen übernehmen. Grundsatzentscheidungen müssen im Stadtrat getroffen werden.
- Für die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis (horrende Folgekosten des Star-Parks), das Mitteldeutsche Multimediazentrum und die Hafen Halle GmbH fordern wir Konsolidierungskonzepte, um weitere Defizite zu vermeiden. Für die regelmäßig anfallenden Verluste sind bisher keine ausreichenden Gegenmaßnahmen getroffen worden. Dies kann zukünftig nicht mehr hingenommen werden.
- Wir wollen, dass die städtischen Unternehmen aktiv neue Geschäftsfelder erschließen, beispielsweise bestehen nach wie vor Potenziale im IT-Bereich (Bereitstellung schneller Internetverbindungen) und bei der Nutzung erneuerbarer Energien.
- Die Stadt muss sich auf die Situation des Auslaufens des Solidarpaktes im Jahre 2019 vorbereiten und auf Bundes- und Landesebene aktiv für Nachfolgelösungen werben.
- Bei der kommunalen Beschaffung besteht aus unserer Sicht ein großes Potential zur Einsparung von Haushaltsmitteln. Besonders im Bereich der sogenannten Green-IT sind mit Blick auf den Ressourcenverbrauch während der Herstellung und der Entsorgung technischer Geräte sowie dem Energieverbrauch Effekte für den Haushalt und die Umwelt zu erzielen.
- Wir fordern mehr Transparenz bei den Sponsoringausgaben und -einnahmen der städtischen Unternehmen und Beteiligungen. Die Stadt sollte weiterhin ihre Selbstverpflichtung mit der Mitgliedschaft bei Transparency International ernst nehmen und aktiv Anti-Korruptions-Maßnahmen ergreifen.
- Wir wollen, dass die Saalesparkasse einen Teil ihrer Gewinne in einen Fonds ausschüttet, aus dem durch die Gesellschafter in einem transparenten Verfahren Mittel für gemeinnützige Zwecke vergeben werden.

Wirtschaftsförderung

- Wir fordern endlich Realismus bei der Wirtschaftsförderung. Bislang wurde die Wirtschaftsförderung viel zu sehr auf Flächenangebote ausgerichtet, um einen Großinvestor anzulocken. Diese Strategie ist gescheitert und mit hohen Folgekosten verbunden. Deshalb muss zukünftig ein stärkerer Fokus auf die Unterstützung in Halle (Saale) ansässiger Firmen gelegt werden, auf die Imagepflege der Stadt und auf die Betonung der bestehenden Standortqualitäten sowie auf Existenzgründungen und die Ansiedlung kleinerer Firmen. Zudem wird eine regelmäßige Qualitätskontrolle des städtischen Mitteleinsatzes in diesem Bereich benötigt.
- Die Stadt soll sich zukünftig darauf konzentrieren, eigene Stärken zu betonen. Maßgebliche Standortqualitäten, wie zum Beispiel Kultur- und Bildungsinfrastruktur, eine gesunde Umwelt, attraktive Wohnquartiere und Naherholungsgebiete, erhöhen die Attraktivität der Stadt für Investitionen und Ansiedlungen. Die Förderung bereits ansässiger Unternehmen muss verstärkt werden. Hiermit muss die Stadt werben.
- Die Förderung des Tourismus muss besonders auch im Hinblick auf das Reformationsjubiläum gestärkt werden. Auf grüne Initiative wird eine Konzeption für den Tourismus erarbeitet, die in den folgenden Jahren umzusetzen ist. Auch im Bereich der Tourismusförderung ist mehr Realismus gefragt, es muss mehr mit den Stärken Halles geworben werden, der Salzgewinnung, der Rolle Halles in der Reformation, Georg Friedrich Händel, mit der Saale, der historischen Altstadt sowie Kunst und Kultur.
- Die Kosten unnötiger Repräsentations- und Werbemaßnahmen wie im Rahmen der gegenwärtigen Doppelstruktur von Metropolregion Mitteldeutschland und Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland müssen optimiert werden.
- Derzeit fließt noch zu viel Kaufkraft ins Umland und nach Leipzig ab. Verbesserungen können nur erfolgen, wenn das Einzelhandels- und Zentrenkonzept konsequent umgesetzt wird und keine neuen großflächigen Verkaufsflächen für innenstadtrelevante Sortimente außerhalb der Innenstadt entstehen.
- Der Hafen Halle wird derzeit als Straße-Schiene-Umschlagplatz genutzt und erwirtschaftet aber aus dem laufenden Betrieb nur ein großes Defizit. Der Warentransport auf der Saale war und bleibt eine Illusion. Die Stadt muss endlich diese Rahmenbedingungen akzeptieren statt in den Planungen weiterhin auf den Saalekanal zusetzen, der jedoch aufgrund des unzureichend ausfinanzierten Bundesverkehrswegeplans und der nicht durchgängig schiffbaren Elbe keine Realisierungschancen mehr hat. Angesichts einer weiterhin zu hohen Arbeitslosenquote in Halle fordern wir eine aktivere kommunale Beschäftigungspolitik. Insbesondere soll geprüft werden, ob Halle ab 2015 als Optionskommune das Jobcenter in alleiniger Verantwortung übernehmen soll. Dabei sind Erfahrungen anderer Städte mit diesem Modell besonders zu berücksichtigen.

Platz für Notizen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverband Halle (Saale)
Kleiner Berlin 2
06108 Halle (Saale)

0345-200 31 57
www.gruene-in-halle.de
kontakt@gruene-in-halle.de